



Trivium

Revue franco-allemande de sciences humaines et sociales - Deutsch-französische Zeitschrift für Geistes- und Sozialwissenschaften

16 | 2014

La représentation politique

Die Zeit der Arbeiterseparierung

Pierre Rosanvallon

Traducteur : Andreas Pfeuffer



Édition électronique

URL : <http://journals.openedition.org/trivium/4799>

DOI : [10.4000/trivium.4799](https://doi.org/10.4000/trivium.4799)

ISSN : 1963-1820

Éditeur

Les éditions de la Maison des sciences de l'Homme

Référence électronique

Pierre Rosanvallon, « Die Zeit der Arbeiterseparierung », *Trivium* [Online], 16 | 2014, online erschienen am 13 Mai 2014, abgerufen am 08 September 2020. URL : <http://journals.openedition.org/trivium/4799> ; DOI : <https://doi.org/10.4000/trivium.4799>

Ce document a été généré automatiquement le 8 septembre 2020.



Les contenus de la revue *Trivium* sont mis à disposition selon les termes de la Licence Creative Commons Attribution - Pas d'Utilisation Commerciale - Pas de Modification 4.0 International.

Die Zeit der Arbeiterseparierung

Pierre Rosanvallon

Traduction : Andreas Pfeuffer

NOTE DE L'ÉDITEUR

Wir danken Herrn Pierre Rosanvallon für die freundliche Genehmigung, diesen Artikel in deutscher Übersetzung zu publizieren.

Nous remercions M. Pierre Rosanvallon de nous avoir accordé l'autorisation de traduire ce texte pour le présent numéro.

Das Manifest der Sechzig

- ¹ Im Jahr 1832, einige Monate nach den Erhebungen in Lyon, veröffentlicht Jean Reynaud, ein glühender Anhänger Saint-Simons, einen Artikel, dessen Titel wie ein Manifest klingt: »Von der Notwendigkeit einer gesonderten Vertretung (*représentation*) der Proletarier.«¹ Die Argumentation lässt sich auf einen Satz bringen: In der in Klassen geteilten Gesellschaft müssen die Arbeiter ihre eigenen Abgeordneten ernennen können.² Jean Reynaud macht mit bissigem Witz dem, was er die Zersetzung der repräsentativen Demokratie nennt, den Prozess. Die Hürde des Zensus ist gewiss fundamental, seiner Ansicht nach geht es jedoch nicht allein darum. Das Hauptproblem besteht ihm zufolge in dem Umstand, dass sich »die Interessen des Volkes [...] verflüchtigen und aus den Räumen des Parlaments verschwinden«. Wie lässt sich dem abhelfen? Die Antwort lautet ganz unmissverständlich: »Die (repräsentative) Wahrheit lässt sich nur erreichen, indem man die gleichgelagerten Interessen auf homogene Gruppen aufteilt und einer jeden ihr Recht und ihr Organ gibt; denn jeder repräsentiert seinen Teil des gesellschaftlichen Interesses, ein jeder hat seine Legitimität und ein jeder muss auch seine Garantie haben.« Und er präzisiert: »Das Volk setzt sich hinsichtlich der Lage und der Interessensunterschiede aus zwei Klassen zusammen: Proletarier und Bourgeois.« Der Fortschritt in Sachen Repräsentation beschränkt sich

daher nicht auf die Ausweitung des Wahlrechts, er umfasst über die Erweiterung der individuellen Rechte hinaus die Berücksichtigung einer soziologischen Variablen.

- 2 Diese Kritik am revolutionären Universalismus bleibt bei weitem eine Minderheitenposition. Die Forderung nach einer eigenen Repräsentation der Arbeiter bekommt erst nach der Erringung des allgemeinen Wahlrechts eine gewisse Breitenwirkung. Sie resultiert aus einer Enttäuschung angesichts deren Wirkungen. Zu Beginn der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts oder während der großen Reformkampagne von 1839–1840 genügt die Forderung nach politischer Gleichheit, um einem Gefühl mangelnder Repräsentation Ausdruck zu verleihen. »Wir sehen die Regierung dann als wahrhaft repräsentativ, als eine Wahrheit an, wenn sie wirklich die Regierung der Mehrheit der volljährigen Franzosen sein wird«, schreibt das *Journal des ouvriers* im Jahr 1830.³ Wenn die Proletarier ihre Helotsituation anprangern, wenn sie die Phantasmen der Bourgeoisie brandmarken, in denen sie mit in den Vorstädten hausenden Barbaren gleichgesetzt werden, dann sehen sie in der Erringung des Wahlrechts das Symbol und zugleich das praktische Mittel zu ihrer Integration in die nationale Gemeinschaft. Die repräsentative Gleichheit bedeutet also nicht Separierung, Differenzierung, sondern ganz im Gegenteil Absorption und Vermischung der Klassen in dem, was Sieyès einmal als das »große nationale Ganze« bezeichnet hat.⁴
- 3 Im Frühjahr 1848, während das allgemeine Wahlrecht in einem Klima kollektiver Brüderlichkeit und einer Annäherung der Klassen errungen wird (man erinnert sich an den berühmten Ausspruch Lamartines), lassen sich freilich auch einige Forderungen nach einer eigenen Vertretung (*représentation*) der Arbeiterschaft vernehmen. »Einigen wir uns, um die Wahl von zwanzig Arbeitern, echten Arbeitern, in die Nationalversammlung zu unterstützen«, fordert beispielsweise der Pariser Club des *Égalitaires*.⁵ In Grenoble fordert ein Zentralausschuss der Werktätigen, dass die verschiedenen Berufe auf der republikanischen Liste repräsentiert sein und sich daher darunter vier Arbeiter befinden sollen.⁶ Einen gewissen auf Wahlen bezogenen »Ouvrierismus« hört man auch aus den Kolumnen von *L'Atelier* heraus, das seine Leser ermahnt, den »bürgerlichen Radikalen« mit Misstrauen zu begegnen, und für die Aufstellung einer in der Mehrzahl aus Arbeitenden bestehenden Liste plädiert.⁷ Doch bleibt die Bewegung begrenzt und niemand arbeitet zu dieser Zeit daran, die Arbeiterkandidaturen mit einem theoretischen Unterbau zu versehen. Der republikanische Universalismus überbrückt einen Frühling lang alle sozialen Spaltungen. Das zeigt sich im Übrigen deutlich bei der Untersuchung des Vokabulars von 1848. Das Wort »Volk« erweist sich als der am meisten verbreitete gesellschaftliche Terminus der Epoche. In den Liedern, in den Reden oder in den Zeitschriften verblasen die Bezugnahmen auf die »Werktätigen« oder auf die »Arbeiter«, die das Soziale spezifizieren, zugunsten einer Zelebrierung des »Volkes«, das die Unterschiede zwischen den Menschen einebnet und ihre neue Gleichheit vor der Wahlurne illustriert.⁸
- 4 Es soll noch bis in die 1860er Jahre dauern, bis die Idee der sozialen Repräsentation in Frankreich breiteren Widerhall findet. Sie taucht dann mit Nachdruck in den Debatten über den Modus der Designierung der Oppositionskandidaten für die Parlamentswahlen von 1863 auf. Diese Geschichte sei hier kurz nachgezeichnet, da das Ereignis einen fundamentalen Bruch mit dem bis dahin vorherrschenden Universalismus markiert. Zehn Jahre nach dem Staatsstreich des 2. Dezember beginnt sich der Schraubstock der Repression zu lockern. Die Opposition entledigt sich nach

und nach des ihr vom Regime auferlegten Schweigens. Es sind nun nicht mehr allein die Stimmen aus dem Ausland, die dem Cäsarismus den Prozess machen. Jules Simon veröffentlicht 1859 die beiden Bände von *La Liberté* und auch *La Démocratie* von Étienne Vacherot verlässt die Druckerpresse im Jahr 1860. Auch wenn gegen die beiden Werke vorgegangen wird, markieren sie um nichts weniger eine Wende. In den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts vollzieht sich eine echte Erneuerung des liberalen Denkens, das durchaus an die intellektuelle Gärung der Restaurationszeit erinnert. Im Jahr 1860 erscheint wie schon 1820 eine Neuformulierung des Programms der modernen Politik notwendig, nachdem die Auswüchse des Cäsarismus im Anschluss an diejenigen der Revolution und des Kaiserreichs danach verlangen, die Möglichkeitsbedingungen der Demokratie neu zu überdenken. Doch die Opposition organisiert sich auch politisch. Der Wahltermin von 1863 markiert diesbezüglich einen politischen Durchbruch. Liberale und Republikaner vereinigen sich zur *Union libérale*, um die Anzahl ihrer Abgeordneten zu erhöhen (1857 waren nur fünf Abgeordnete der Opposition gewählt worden⁹). Eine zentrale Frage stellt sich allerdings: Auf welche Weise sollen die Kandidaten der Opposition ausgewählt werden? Es existieren keinerlei Parteien, die diese Funktion übernehmen könnten. Es kommt daher zu spontanen Kandidaturen, während sich an manchen Orten Wahlausschüsse bilden. In Paris gestaltet sich die Situation besonders konfus. Dort spielen die Zeitungen die ausschlaggebende Rolle. *Le siècle*, das große republikanische Blatt, das *Journal des Débats* sowie *Le Temps* auf liberaler Seite, aber auch Émile de Girardins *La Presse* sind die einzig wahren Verbindungs- und Bildungsorgane einer öffentlichen Meinung, der keinerlei organisierte Kraft Struktur verleiht. Zahlreiche Demokraten erregen sich unter diesen Umständen über das, was sie als eine Beschlagnahmung der Volkssouveränität ansehen, und agitieren für die Aufstellung eines repräsentativen Wahlausschusses für die Auswahl der Kandidaten, der sich aus den verschiedenen Oppositionsgruppen zusammensetzt. Daran entzündet sich eine umfassende Debatte über den Sinn und die Techniken der Demokratie in ihrer Beziehung zu den Voraussetzungen für die Bildung eines kollektiven Willens.¹⁰ Es wird schließlich ein Ausschuss gebildet, doch die Kandidaten der Opposition werden nach einem undurchsichtigen Verfahren ernannt, wodurch sich die Unzufriedenheit noch steigert. Manche zögern nicht einmal, von den »aufgenötigten Kandidaten« zu sprechen, womit sie implizit die Art und Weise, wie die offiziellen Kandidaten durch die regierende Macht bestimmt werden, und die Auswahl der Leute der Opposition über einen Leisten schlagen. Bei den Arbeitern ist die Enttäuschung besonders groß. Keiner von ihnen ist ausgewählt worden. Ihre Unzufriedenheit verschafft einer Bewegung der Stimmhaltung Zulauf, für die Proudhon in seiner Broschüre vom April 1863 mit dem Titel *Les Démocrates assermentés et les réfractaires (Die vereidigten und die widerspenstigen Demokraten)* die Argumente liefert. Es kommt jedoch auch eine neue Idee auf, nämlich die der Arbeiterkandidatur. In ihr kristallisiert sich ein ganzes Bündel an Erwartungen und Überlegungen bezüglich des Wesens der Repräsentation.

- 5 Zwei Drucker, Jean-Jacques Blanc und Coutant, sowie ein Ziseleur, Tolain, kandidieren in diesem Zusammenhang gegen die liberalen und republikanischen Notabeln. »Alle sind in der Kammer vertreten: die Industrie, die Künste, die Armee, die Juristerei, die Wissenschaften, die Landwirtschaft, ja sogar die Dichtkunst. Allein die Arbeit bleibt außen vor«, behauptet Coutant in seiner *Adresse aux électeurs*. »Die Fragen der Arbeit«, fährt er fort, »werden stets nur von abgeordneten Arbeitern dargestellt (*représenté*), beharrlich unterstützt werden, und das Volk wird nur dann Einfluss haben, wenn es sich durch die Seinen einen Stützpunkt in der gesetzgebenden Körperschaft geschaffen

hat.«¹¹ Trotz einiger bemerkenswerter Unterstützungen – so setzt sich beispielsweise Gambetta nachhaltig für Tolain ein¹² – werden die Kandidaten der Arbeiter an den Rand gedrängt. Am Tag der Abstimmung votieren die Volksklassen in Massen für die offiziellen Kandidaten der Opposition: Blanc bekommt daher nur 332 Stimmen (bei 34.614 eingetragenen Wählern), während Coutant gar nur elf Wähler für sich mobilisieren kann! In einem am 6. Juni 1863 von *Le Temps* abgedruckten Brief kommt Blanc mit einer gewissen Verlegenheit auf seine – wie er es nennt – »unglückliche Kandidatur« zu sprechen, verkündet zugleich aber: »Der Kandidat beugt sich, doch die Idee bleibt und kapituliert nicht.«

- 6 Es wäre falsch, würde man die Wirkung dieser ersten Arbeiterkandidaturen nur an der Elle ihres mageren Ergebnisses messen. Sie markieren nämlich in zweifacher Hinsicht einen historischen Durchbruch. Sie zeugen zum einen von der Kluft, die sich zwischen der Welt der Arbeiter und dem republikanischen Universum auftut. Es zeigt sich in ihnen zum anderen aber auch ein gewisses Abbröckeln der aus der Französischen Revolution hervorgegangenen universalistischen politischen Kultur. Ein Jahr nach dem Versuch von Blanc und Coutant wird sich dieser zweifache Bruch anlässlich der in Paris veranstalteten partiellen Parlamentswahlen herauskristallisieren. Am 17. Februar 1864 publiziert *L'Opinion nationale* in diesem Zusammenhang einen von sechzig Arbeitern unterzeichneten langen Brief, in dem sie sich nachdrücklich für die Sache der Arbeitervertretung aussprechen. »Das hätte das Zeug für eine kleine Sensation«, urteilt unmittelbar darauf Proudhon.¹³ Tatsächlich sorgt der Brief rasch für Aufsehen und Diskussionsstoff. Zahlreiche Zeitungen drucken ihn ab, ebenso wie ihn betreffende Kritiken und Kommentare. Der Text wird rasch als das *Manifest der Sechzig* bekannt. Zusammen mit dem *Manifest der Gleichen* von Babeuf, dem *Manifest der Demokratie im 19. Jahrhundert* von Victor Considérant oder der *Charte d'Amiens* wird es zu einem der Gründungstexte der französischen Arbeiterbewegung. Seine Geschichte bleibt noch zu schreiben, so lange blieb sie durch die Tradition des offiziellen politischen Sozialismus verdeckt. In intellektueller Hinsicht ist sie entscheidend, insofern sie durch den Bezug auf Proudhon geprägt ist, dessen Persönlichkeit und Schriften damals eine führende Rolle in der französischen Arbeiterbewegung spielen.¹⁴
- 7 Das *Manifest* baut auf zwei Argumenten auf: Das erste davon bewegt sich auf einer klassisch ökonomischen Ebene: Es genügt nicht, die Gleichheit aller vor dem Gesetz verwirklicht zu haben, um die Arbeiterfrage zu lösen. »Das allgemeine Wahlrecht hat uns politisch mündig gemacht, aber wir müssen uns auch noch gesellschaftlich emanzipieren«, fasst das *Manifest* zusammen. Diese Analyse ist nun keineswegs originell. Sie läuft gewissermaßen in der Geschichte des Sozialismus mit und greift Themen auf, die seit Beginn der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts beständig behandelt werden. Das zweite Argument dagegen ist neuartig: Ihm zufolge reicht die Erringung des allgemeinen Wahlrechts nicht einmal aus, um die eigentliche politische Emanzipation zu gewährleisten. »Wir sind nicht repräsentiert«, meißeln die Sechzig in eine Formulierung, in der sie ihr Anliegen immer wieder herunterleiern. Was ist der Grund für diese mangelnde Repräsentation? Sie resultiert für die Sechzig aus der Falle, die der demokratischen Abstraktion quasi inhärent ist. Das Aufkommen des allgemeinen Wahlrechts errichtet nämlich eine Gleichheit unter den verschiedenen Arten der Staatsbürgerlichkeit, die problematisch ist: Sie gibt allen Individuen gleiches Gewicht und leugnet zugleich ihre Verschiedenheit. »Man hat bis zum Überdruß wiederholt, dass es keine Klassen mehr gebe und dass seit 1789 alle Franzosen vor dem Gesetz gleich seien«, stellt das *Manifest* fest. »Doch wir, die wir nichts als unsere Arme

unser Eigen nennen können, wir, die wir Tag für Tag die legitimen oder willkürlichen Bedingungen des Kapitals zu erdulden haben [...], uns fällt es schwer, an diese Beteuerung zu glauben.« Im Grunde ist es der Vorgriff auf vermeintlich bereits bestehende demokratische Zustände, der auf Ablehnung stößt. Die abstrakte Kategorie der Staatsbürgerschaft setzt sich dem Verdacht aus, auf eine Verleugnung des realen Lebens hinauszulaufen. Die Tatsache der Klassenteilung erfordert in diesem Maße, dass die Arbeiter sich autonom zu Wort melden können. Separierung wird in diesem Fall zur neuen Voraussetzung für Gleichheit. Repräsentation bedeutet nicht mehr Vermengung, sondern Unterscheidung. Die Frage der politischen Emanzipation erfährt in diesem Rahmen eine Ausweitung. Sie ist nicht mehr nur mit dem Wahlrecht verknüpft, sondern geht nun gewissermaßen vom Wähler auf den Gewählten über.

- 8 Die Bewegung für die Arbeiterkandidaturen bleibt nicht auf die Hauptstadt beschränkt. Die Veröffentlichung des *Manifests der Sechzig* sorgt zwar in Paris für besonderes Aufsehen, sie ist jedoch auch in der Provinz spürbar. In Lyon beispielsweise akzeptiert die noch in den Traditionen und Erinnerungen von 1848 schwelgende große Masse der Arbeiter die gewählten liberalen Vertreter (*élus*) nur als das kleinere Übel. 1863 erklärt der Wahlausschuss der Croix-Rousse zwei Tage vor der Wahl öffentlich, dass er nur widerwillig den von einem bürgerlichen Ausschuss durchgedrückten Kandidaten der Opposition¹⁵ unterstützt und schickt einen mit Hunderten von Unterschriften versehenen Unterstützerbrief an die Pariser Kandidaten der Arbeiter. »Warum sollten wir zukünftig nicht Kandidaten aus unserer Mitte finden?«, schreibt er am Vorabend der Abstimmung. »Glaubt man, dass sich unter uns nicht Leute finden lassen, die mit Leib und Seele bei der Sache sind, gebildete Eliteintelligenzen? Man täusche sich da nicht.«¹⁶ Im Jahr darauf stößt das *Manifest der Sechzig* auf ein breites Echo von Sympathie in den Unterschichtenmilieus von Lyon. »Die Arbeiterkandidaturen«, stellt die Polizei fest, »gewinnen an Terrain, man befasst sich mehr mit ihnen, man diskutiert recht hitzig den Gegenstand, und die Arbeiter lassen sich nicht davon abbringen, dass alles gut wird, sobald sie erst von den Ihrigen vertreten (*représentés*) werden. Man kann ihnen noch so sehr zu beweisen suchen, dass wenn sich erst einmal von ihren Leuten welche in der Nationalversammlung befinden, diese dann aufhören, Arbeiter zu sein. Sie werden dann zu Abgeordneten und können sich nicht mehr an das Elend der Werkstätten erinnern. Sie antworten dann, dass man, wenn sich die ersten, die man dorthin schickt, schlecht aufführen und ihrer Pflicht nicht nachkommen, in fünf Jahren andere schicken werde und dass man halt bis dahin zusehe, eine bessere Auswahl zu treffen.«¹⁷
- 9 Die Originalität der Arbeiterkandidaturen lässt sich nur jenseits eventueller politischer und programmatischer Differenzen zur liberalen Opposition richtig fassen. Sie steckt schlicht in der ihr zugrunde liegenden soziologischen Feststellung. Es ist in erster Linie das Gefühl der gesellschaftlichen Separierung, das Arbeiterkandidaturen kennzeichnet. Das Gefühl der Separierung der Arbeiter ist in den 1860er Jahren sicherlich nichts Neues mehr, es findet jedoch einen organisierteren Ausdruck. Er stützt sich in zunehmendem Maße auf Praktiken und Institutionen. Die Entwicklung von Kooperativen und Gesellschaften auf Gegenseitigkeit wie auch der Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung bilden bei den Arbeitern ein gewisses Bewusstsein ihrer Autonomie aus, deren Vision sich im Werk von Proudhon in großartiger Weise zeigt. »Separiert Euch«, fordert er daher von den Arbeitern bei der Veröffentlichung des *Manifests* und gebraucht damit eine Formulierung, für die er eine Vorliebe hat und die den Kern seines Werks fast schon auf den Punkt bringt. Sein im Januar 1865

veröffentlichtes politisches Testament *De la capacité politique des classes ouvrières* ist denn auch eine ausführliche Ermahnung zur gesellschaftlichen Separierung als historischer Mission des Proletariats. Indem sie sich von der Gesellschaft lösen, die sie geknechtet hat, könnten die Arbeiter zum Aufbau eines echten Universalismus ihren Beitrag leisten. »Bürger, macht Ihr Eure Geschäfte; für uns gilt: Jeder zu seinen Zelten, Israel!«, ruft er voller Hochmut aus.¹⁸

- 10 Die Klassenteilung wird zwar als ein die Gesellschaft strukturierendes Laster angeprangert, was eine zweite Französische Revolution rechtfertigt, dagegen wird die gesellschaftliche Separierung kulturell als konstitutiv für die Identitätsbildung gefordert. Dies freilich unter der Bedingung, dass sie nicht passiv geduldet wird, sondern reflektiert wird als ein Moment des Zugangs zu einer Form von Autonomie. Dieses Bestreben kam schon in der Arbeiterliteratur der Julimonarchie zum Ausdruck. An den Begriffen, mit denen sich der Schreiner Boissy an seine Arbeitskameraden richtete, lässt sich bestens der dahinter steckende Geist ersehen. »Erhebt Euch inmitten der elenden Arbeiter, Ihr Freunde, Ihr Kameraden«, schreibt er, »und sagt ihnen: Tretet aus, tretet doch aus dieser Gesellschaft aus, für die Ihr alles macht und die doch nichts für Euch tut, aus dieser Gesellschaft, in der diejenigen, die alles tun, nichts haben, und wo die, die nichts tun, alles besitzen. [...]. Ach meine Brüder, ich verlange das von Euch. Ist es nicht Zeit, mit einer derartigen Unordnung Schluss zu machen oder nicht mehr daran teilzuhaben. Trennen wir uns von einer Welt, in der die Ehre nur noch ein Wort ist, die Liebe eine Verrücktheit, die Freundschaft eine Chimäre.«¹⁹ Sich zu trennen heißt, wie einstmals der Dritte Stand, danach zu streben, ein autonomes Ganzes zu werden, das ganz aus sich heraus und unabhängig von seinen früheren Herren existiert. Beinahe ein halbes Jahrhundert später knüpft ein einfacher Delegierter beim Arbeiterkongress von Marseille daran mit den großartigen Worten an: »Was können wir besseres tun als uns von dieser spekulierungssüchtigen Bourgeoisie zu separieren sowie voller Stolz die uns entgegengebrachte Verachtung zu akzeptieren, und, da uns die alte Welt zurückweist, davon zu unterscheiden, indem wir uns von ihr radikal separieren. Denn vergesst nicht, Bürgerinnen und Bürger, sich zu unterscheiden, sich abzugrenzen, bedeutet Sein, ebenso wie sich aufzulösen und aufgesogen zu werden, Selbstverlust bedeutet. Eine Spaltung zu bewirken, eine legitime Spaltung, ist das einzige Mittel, wie wir unser Recht behaupten können.«²⁰ Das Thema wird unaufhörlich von den Kongresstribünen herab wie auch in Massen von Publikationen in die Köpfe der Menschen eingehämmert.²¹
- 11 1864 erleiden die Arbeiterkandidaturen wie schon 1863 eine herbe Niederlage. Doch die Idee wird nicht aufgegeben. Sie taucht umso nachdrücklicher wieder anlässlich der Wahlen von 1869 auf (Eugène Varin ist einer ihrer bedeutenden Verfechter²²).²³ Die Frage einer »direkten Repräsentation des Proletariats im Parlament« wird noch das gesamte 19. Jahrhundert über auf der Traktandenliste der Arbeiterkongresse stehen.

Die unscheinbaren Männer

- 12 Kehren wir nochmals zum *Manifest der Sechzig* zurück. Der Aufruf für eine separate Repräsentation der Arbeiter zeugt auch von einer neuen Auffassung des vom Volk gewählten Vertreters. Die auf seine Verkörperungsfunktion gelegte Betonung bewirkt einen radikalen Wandel der Beurteilung seiner Qualitäten. Im Gegensatz zu jeglicher revolutionären Philosophie der demokratischen Auszeichnung preisen die Sechzig den

einfachen Mann. Ein soziales und nicht individuelles Verständnis von Repräsentation und eine radikale Ablehnung jeglicher Vorstellung von Prominenz gehen in den Augen der Sechzig miteinander einher. Ein Lobpreis der gesellschaftlichen Unscheinbarkeit ersetzt bei ihnen den Kult persönlichen Verdienstes. Die letzten Absätze des *Manifests*, die sich an die republikanischen Notabeln richten, bringen diesen Bruch klar zum Ausdruck. »Die Eignung, die Fähigkeit der Kandidaten, die mögliche Unauffälligkeit ihrer Namen, da sie ja unter den Werktätigen ausgewählt werden, die ihren Beruf im Augenblick der Auswahl ausüben (und dies, um die Bedeutung ihrer Kandidatur genau anzugeben), das sind alles Fragen, die man an uns richtet, um daraus zu schließen, dass sich unser Vorhaben nicht realisieren lässt. Ist es wirklich so, dass die Arbeiterkandidaten notwendigerweise diese herausragenden Eigenschaften als Redner oder Publizisten besitzen müssen, die einen Mann der Bewunderung durch seine Mitbürger empfehlen? Wir denken, dass dem nicht so ist [...]. Verleiht das Votum der Wähler ihrer Rede überdies nicht eine größere Autorität als sie der berühmteste Redner besitzt? Dem Schoß der Volksmassen entsprungen, wäre die Bedeutung dieser Wahlen umso strahlender, je unscheinbarer und unbekannter die gewählten Vertreter zuvor noch gewesen sind.« Die entstehende Arbeiterbewegung treibt einen Kult mit dieser Bescheidenheit. Als ein Delegierter bei einem der ersten Kongresse Wert darauf legt, dass die Arbeiter keinen »um seiner persönlichen Qualitäten willen ausgewählten« Mann entsenden dürfen, erntet er dafür tosenden Applaus.²⁴ Man erwartet demnach vom Repräsentanten, dass er bis zur Unterschiedslosigkeit in seinen Wählern aufgeht.

- 13 Es zeigt sich, dass die Frage der Arbeiterkandidaturen so über die einfache Kritik am demokratischen Individualismus hinausgeht. Sie ist auch getragen von Überlegungen bezüglich des Wesens des Repräsentanten. Aus der Konzeption der Spiegel-Repräsentation ergibt sich eine Auffassung des Repräsentanten als einer einfachen Zufallsauswahl aus der Gruppe.²⁵ Man will keine persönlichen Qualitäten mehr auszeichnen, sondern schlicht gemeinsame Züge wiederfinden. Der erste der Arbeiterkandidaten, Jean-Jacques Blanc, unterstreicht dies im Jahr 1863 gleich zum Beginn seiner Wahlerklärung: »Soll ein einfacher Arbeiter sich die Ehre anmaßen, eine Stadt wie Paris zu vertreten (*représenter*)? Ja, das ist möglich, ja, das ist gerecht, weil es an der Zeit ist, dass sich die Arbeiter behaupten, und sei es in der Person des einfachsten von ihnen.«²⁶
- 14 Hinsichtlich der Auffassung des Repräsentanten kommt es zwar erst in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, also in dem Moment, in dem sich die Arbeiterklasse als autonome Macht zu behaupten beginnt, zu einem Umbruch, ein Wendepunkt ist freilich schon früher spürbar. Bei den Kommunalwahlen während der Juli-Monarchie, die auf dem Land auf der Basis eines stark erweiterten Wahlrechts erfolgen, vermelden die Berichte der Präfekten bereits zahlreiche feindselige Reaktionen gegenüber den Notabeln aus den Milieus der Unterschichten heraus. Einer von ihnen berichtet von dem »Eifer, den die Wähler der unteren Klassen dabei an den Tag legen, die den höheren Klassen angehörenden Bürger vom Rat fernzuhalten. Auf dem Land wollten die Bauern nur Bauern«.²⁷ Andere bemerken, dass »die Kittelträger« sich bemüht haben, die »großen Hüte«, d.h. die sich »durch ihr Vermögen und ihr Wissen« auszeichnenden Notabeln, aus den Stadträten herauszudrängen. Zugleich stellen die Präfekten mit einer gewissen Verstörung fest, dass »die bürgerliche und gebildete Klasse« bzw. diejenigen, die sie als »gesellschaftlich Höhergestellten« bezeichnen, sich auf dem Land häufig aus den Gemeinderäten ausgeschlossen sehen. Die Ausdrücke, die die Bauern zur

Bezeichnung derer, denen sie ihre Wahl verweigern, verwenden, sind aufschlussreich. Sie prangern nicht so sehr deren Reichtum an als vielmehr die gesellschaftliche Distanz, wenn sie von den »Herren«, den »Fracks aus Tuch«, den »Schwarzhüten« oder den »gesellschaftlich Höhergestellten« sprechen. Ein reicher Landwirt wird daher viel leichter gewählt als einer von den einfacheren Notabeln. »Wir wollen keine Hutträger mehr als Gemeindeverwalter«. »Wir wollen keine Bourgeois. Die machen schöne Worte, auf die wir nur antworten können: Kümmern wir uns besser um unsere Angelegenheiten selbst«. Solche Aussagen finden sich häufig. Man zitiert sogar das Beispiel von Wählern aus dem Departement Seine-et-Oise, die Transparente mit der Aufschrift tragen: »Weg mit den Bourgeois, es leben die Bauern«. Mit den gleichen Reaktionen lassen sich etwas später die Erfolge der offiziellen Kandidaten des Zweiten Kaiserreichs im Vergleich zu den traditionellen Notabeln bei den Landbewohnern erklären. Für das Kaiserreich zu stimmen bringt auf eine paradoxe Weise eine Form gesellschaftlichen Misstrauens zum Ausdruck.²⁸

- 15 Derartige Reaktionen finden sich 1848 dagegen kaum, selbst wenn tatsächlich einmal einige wenige republikanischen Komitees die Kandidatur von »unscheinbaren Männern« anpreisen.²⁹ Durch das Ideal der Verbrüderung und der Verschmelzung der Klassen kann sich nämlich der republikanische Universalismus behaupten, da sämtliche sozialen Unterschiede für einen Augenblick durch die jüngste Weihe des Staatsbürgers aufgehoben zu sein scheinen. Einzig eine im Herbst 1851 von Émile de Girardin lancierte Kampagne bezeugt das fortwährende Nachdenken über die Figur des Repräsentanten. Auf sie näher einzugehen ist durchaus lohnenswert, da sie in so hohem Maße exemplarisch ist, selbst wenn sie letztlich nur einen bescheidenen Widerhall fand. Auf die Feststellung einer Unbeweglichkeit der Regierung hin erklärt der Begründer von *La Presse*, ein Hochschrecken des Volkes anlässlich der Präsidentschaftswahlen, die normalerweise zu Beginn des Jahres 1852 hätten stattfinden sollen, sei ganz nach seinem Wunsch. Der Titel der von ihm zu diesem Anlass publizierten Broschüre bringt seinen Gedanken auf den Punkt: *Die legale Revolution durch das Präsidentenamt eines Arbeiters, die demokratische Lösung von 1852*.³⁰
- 16 Girardin empfiehlt den Volkskräften schlicht, sich um die Kandidatur eines anonymen Arbeiters zu mobilisieren. Ein Arbeiter als Präsident? Die Idee allein hat schon durchschlagende Wirkung, so ungehörig, ja fast schon verrückt ist sie. Doch verdient vor allem die Argumentation de Girardins unsere Aufmerksamkeit. Er führt zunächst ein materielles Faktum an: Die große Zahl möglicher Kandidaturen bekannter Persönlichkeiten und die daraus resultierende Schwierigkeit, sich zwischen ihnen zu entscheiden, wenn keine »Höhergestellte« in der Lage zu sein scheint, sich durchzusetzen, so schwammig und variabel wie die Kriterien für ihre Anerkennung sind. »Was ist zu tun, wenn man sich vereinigen will, da ja nun einmal der Name das Spaltende ist?«, fragt er. »Jeden bekannten Namen, der auf eine Partei oder Schule verweist, entfernen und einen unbekannt Namen zu nehmen, der keine andere Bedeutung als folgende hat, nämlich: Menge.«³¹ Dagegen lässt sich mit einem unbekannt Kandidaten ihm zufolge eher Einstimmigkeit erzielen, und das gerade aus dem Grund heraus, dass er keinen ins Auge springenden Merkmalszug aufweist. Doch Girardin – und genau darauf sollte sich die Aufmerksamkeit richten – geht viel weiter. Er behauptet vor allem, dass eine solche Kandidatur die Aporien der Repräsentation lösen könnte. Ein unmittelbar einleuchtendes Prinzip sozialer Identität würde an die Stelle einer abstrakteren Konzeption der Wahl treten. »Man suche«, sagt Girardin, »auf allen Seiten den Würdigsten, den Fähigsten, den Arbeitsamsten, vor allem aber den

Einfachsten. Man wähle ihn weniger um dessentwillen, was er an sich gilt, als für das, was er bedeutet, und das weniger als Mann denn als Symbol. [...] Wessen bedarf es? Eines Mannes, dessen demokratische Herkunft für sich allein genommen ein imperatives Mandat ist.«³² Im Gegensatz zur republikanischen Apologie des Verdiensts, preist Girardin den Mann ohne Eigenschaften. »Je unbedeutender der Kandidat ist«, betont er, »desto mehr Glanz und Widerhall fände seine Wahl, da sie belegen würde, dass das, wonach man gesucht und es in ihm gesehen hat, weniger der geistige Wert des Menschen als die Stoßkraft der Idee ist.«³³ Etwa zehn Jahre später kommt im *Manifest der Sechzig* diese Verteidigung der demokratischen Unbedeutendheit zur vollen Geltung.

- 17 Die Forderung nach Arbeiterkandidaturen stützt sich nicht nur auf das Kriterium der Identität von Gewähltem und Wähler. Sie entspricht ebenso einem auf epistemologischer Ebene liegenden Argument bezüglich der *politischen Kompetenz*. Die *Sechzig* machen den republikanischen Notabeln ihren wohlwollenden Paternalismus³⁴ heftig zum Vorwurf, noch heftiger jedoch geißeln sie deren Anspruch auf das Monopol über die Kompetenz, und dies in zweierlei Hinsicht. Zum einen dadurch, dass sie die Fortschritte bei der Bildung der Arbeiter betonen, die sie zugleich in den Stand versetzt, sich selbst zu verteidigen.³⁵ Inmitten der Arbeiter gibt es nun auch »redegewandte Proletarier«, um eine treffende Formulierung Pecqueurs zu gebrauchen.³⁶ Vor allem aber, indem sie die gesellschaftliche und praktische Dimension der politischen Kompetenz betonen. Die Disqualifizierung der Anwälte oder der Journalisten, im Namen der Proletarier zu sprechen, hat hier ihre Wurzeln: Ihr »Bildung« ist keine allgemeine, und die Lage der Arbeiter ist ihnen nicht zugänglich, auch wenn sie noch so sehr guten Willens sind. »Oben weiß man nichts von dem, was man unten weiß«, resümiert Girardin.³⁷ Es gibt durchaus einige Stimmen, die behaupten, dass die Repräsentation der Arbeiter verfrüht wäre, sie bleiben jedoch in der Minderheit. Die möglichen »Handicaps« des Arbeiters werden als zweitrangig im Verhältnis zu dem angesehen, wovon er als einziger Zeugnis ablegen kann: von seiner lagespezifischen Erfahrung. Ein glühender Anhänger Saint-Simons, Jean Terson, schrieb schon gegen Ende der 30er Jahre des 19. Jahrhunderts: »Es wäre durchaus nicht verkehrt, wenn neben so manchem feschen und nach Moschus duftenden Abgeordneten ein paar dieser sonnenverbrannten und nach Erde riechenden Gestalten auftauchen würden, mit einer so groben Redeweise wie es ihrem Klima entspricht, jedoch mit einem Willen, der so unerschütterlich ist wie das Gebirge, von dem sie kommen. Solche Abgeordneten [...] würden zuweilen einige Fehler im Französischen begehen, jedoch niemals hinsichtlich ihres Patriotismus.«³⁸ In einem großartigen Text mit dem Titel *Nach Lyon*, der 1832 die Saint-Simonisten dazu aufrief, Paris zu verlassen, um in die Stadt der Arbeiterkämpfe zu gehen, lud Michel Chevalier zu einer »neuen Kommunion« mit den Proletariern ein, um die »Offenbarungen«, die sie der Gesellschaft zu machen hätten, kennenzulernen.³⁹
- 18 »Sie kennen die Arbeiter nicht«, wiederholen ihrerseits die *Sechzig*, wobei sie sich an das »demokratische Bürgertum« wenden, um das Prinzip einer separaten Repräsentation zu begründen. In ihren Augen rechtfertigt nicht so sehr die Partikularität der Interessen die Segmentierung der Repräsentation, als vielmehr die Struktur des gesellschaftlichen Wissens. »Doch man sagt uns«, schreiben die *Sechzig*, »die gewählten Abgeordneten können doch all die Reformen, deren sie bedürfen, besser einfordern als sie; sie sind die Repräsentanten aller und von allen ernannt. Aber nein! werden wir antworten. Wir fühlen uns nicht repräsentiert, und gerade deshalb

werfen wir ja die Frage nach den Arbeiterkandidaturen auf.« Tolain, der den Text hauptsächlich redigiert hat, hatte das Argument schon in seinem Kommentar zu den Arbeiterkandidaturen von 1863 vorgebracht. In einer Passage zu den freien Berufen schrieb er: »Die meisten sind in gesellschaftlicher Hinsicht von Kurzsichtigkeit befallen.«⁴⁰ Aus genau diesem Grund kann ein Arbeiter seiner Ansicht nach nur von einem Arbeiter vertreten werden. »Wir stellen weder die Allgemeinbildung noch die eloquente Redeweise unserer Anwälte in Zweifel«, schrieb er. »Doch das soziale Milieu, in dem man lebt und sich entwickelt, prägt den Ideen eine Tendenz, eine Richtung ein. Nun, in Bezug auf die Arbeit können wir uns für kompetent halten.«⁴¹

- 19 An diesem Thema der eigenen Kompetenz der Arbeiter zeigt sich die wesentliche Kluft. Sie liegt unterschwellig jeder Erfahrung der Arbeiterbewegung zugrunde. Zeitschriften wie *L'Atelier* oder *La Ruche populaire* sind ab den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts ein Beleg hierfür. Doch entfaltet sie ihre ganze politische Wirkung erst in den 1860er Jahren. Die Organisation der Arbeiterdelegationen für die Weltausstellungen, insbesondere die von London 1862, hat viel zur Katalysierung dieses Gefühls beigetragen. Die ganze Kultur der Arbeiterautonomie ging aus diesem Zusammenhang gestärkt hervor. Überdies wurden die Arbeiter anlässlich dieser Ausstellungen zum ersten Mal in allgemeiner Wahl aufgefordert, Delegierte zu bestimmen, die ihre Genossen bei diesen Veranstaltungen vertreten sollten, um wiederum nach ihrer Rückkehr ihre Entdeckungen mitzuteilen.⁴² Zum ersten Male wurde die Sicht der Arbeiter auf die Arbeitswelt in ihrer Besonderheit und Unreduzierbarkeit anerkannt. Man erkannte dabei beinahe »offiziell« an (insofern der Staat für die Reise- und Aufenthaltskosten der für jedes Gewerbe gewählten Delegierten aufkam), dass einzig die Arbeiter dafür qualifiziert waren, über Fragen der Arbeit zu sprechen, und die Perspektive der Industriellen kein Ersatz für die ihrige war. »Wir bekräftigen, dass die Arbeitgeber für die Beurteilung der Details eines fertig gestellten Werks weniger kompetent sind als die daran beteiligten Arbeiter«, bemerkt einer dieser Delegierten. »Die Arbeiter sehen nicht mit den gleichen Augen wie die Unternehmer, die sie beschäftigen.«⁴³ Die abgeordneten Mechaniker der Ausstellung von 1867 werden später ein in einer Unmenge von Broschüren und Artikeln tausendfach wiederholtes Argument zusammenfassen: »Der Arbeiter kennt seine Bedürfnisse und seine Einkünfte. Wer kann uns besser über das, was er braucht und was er will, in Kenntnis setzen als er selbst? Die hochgestellten Personen bilden sich ein, dass nur sie über die Macht verfügen, die klaffenden Wunden der Gesellschaft zu heilen, und dass nur sie über das hierfür notwendige Wissen verfügen, doch bei der kleinsten Anwendung derselben kleben sie dann doch das Pflaster neben die schmerzende Stelle.«⁴⁴ Kaum verwunderlich, dass sich aus diesem Pool der ersten »gewählten Vertreter« (*élus*) der Arbeiterklasse die ersten Unterzeichner der Sechzig rekrutieren. Es findet sich tatsächlich ein und dieselbe Auffassung von den Beziehungen zwischen Repräsentation und gesellschaftlichem Wissen in den beiden Erfahrungen wieder.
- 20 Das *Manifest der Sechzig* bedeutete also nicht einfach einen Bruch in der traditionellen Auffassung über das Subjekt der Repräsentation (die Gruppe gegen das Individuum). Es brachte auch eine radikale Kritik an der Idee politischer Kompetenz zum Ausdruck, die sämtlichen liberalen und republikanischen Konzeptionen zuwiderlief. Indem sie das Loblied auf die unscheinbaren Kandidaten anstimmten, erteilten die Arbeiter den Ansprüchen der Notablen, eine Art Anrecht auf die Vertretung (*à représenter*) des Landes zu besitzen⁴⁵, aber auch dem gesamten Thema der Befähigung zum Politischen, wie es von Auguste Comte, Guizot oder Jules Ferry formuliert wurde, eine Absage. Sie

betonen auf ihre Weise die Eigentümlichkeit des politischen Feldes, bezüglich dessen sich die klassische Herangehensweise des Expertentums als eines Spezialwissens als völlig unangebracht erweist. Der Repräsentant ist für sie nicht nur ein Mann des Vertrauens, er ist für sie auch ein lebendes Symbol kollektiver Identität. In ihm muss die eigentümliche Figur des gewählten Vertreters (*élu*) aufgehen, damit die Präsenz der Gruppe unmittelbar sichtbar wird. Coutant schreibt daher: »Wenn ihr einen Arbeiter in die gesetzgebende Körperschaft bringt, werdet ihr nicht nur einen Mann dorthin schicken [...], sondern eine ganze Legion, eine Arbeiterlegion.«⁴⁶ Was man bisweilen etwas geringschätzig als *Ouvrierismus* qualifiziert hat, bekommt aus diesem Blickwinkel betrachtet eine neue Bedeutung. Es mischt das Alte mit dem Neuen. Das Alte, vielleicht aus einer organischen Sicht des Sozialen, die überdauert hat. Das Neue aber gleichermaßen aus einer fast schon reinen Auffassung des auf sein Wesen beschränkten Politischen: Das Politische als radikal jenseits der von Expertentum und Verwaltung liegende Sphäre, einzig bestimmt über das staatsbürgerliche Prinzip der Zugehörigkeit. Genau genommen besteht das, worum es in Wirklichkeit geht, der eigentliche Kern des Autonomieprojekts, das sich durch die Arbeiterbewegung gegen Ende des 19. Jahrhunderts hindurchzieht, in einer Neuverständigung über das Wesens der Politik im Zeitalter der Demokratie.⁴⁷

- 21 Ein Hinweis darauf ist auch die innerhalb der entstehenden Arbeiterbewegung gehegte Sorge um die Einhaltung einer Art proletarischen Reinheitsgebots in den Organisationen. Wenn man bedenkt, dass Tolain der Begründer der französischen Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation war, dann nimmt es kaum wunder, dass er in dieser Organisation darum kämpfte, dass sie strikt arbeiterlich geprägt blieb, und sich gegen Führungsfiguren mit bürgerlichem Hintergrund stemmte. In einer ihrer ersten Versammlungen bringt er dies klar und deutlich zum Ausdruck: »Wenn es belanglos ist, zur internationalen Vereinigung Staatsangehörige jeglicher Klasse zuzulassen, Werk tätige wie Nicht-Werk tätige, so folgt daraus nicht das Gleiche für die Auswahl eines Delegierten. Angesichts der gegenwärtigen Verfasstheit der Gesellschaft, in der die Arbeiterklasse einen unermüdlichen und gnadenlosen Kampf gegen die bürgerliche Klasse auszufechten hat, ist es von Nutzen, ja unerlässlich, dass sämtliche Menschen, denen die Repräsentation der Arbeitergruppierungen obliegt, Werk tätige sind.«⁴⁸ Zugleich reagiert Marx, für den Tolain einige Zeit vorher noch ein »sehr netter Kerl« gewesen war⁴⁹, und der seine Kandidatur von 1864 begrüßt hatte, einige Monate später etwas irritiert angesichts von dessen Kompromisslosigkeit, die ihn selbst auf ein Mandat für den Zentralrat der Internationalen verzichten ließ!⁵⁰ Die Spannung zwischen dem Prominenten und dem Unscheinbaren zeigte sich hier in aller Schärfe.

Das Alte und das Neue

- 22 Die Arbeiterkandidaturen erwiesen sich um die Mitte der 1860er Jahre als aufschlussreicher Indikator für die Ambivalenzen der politischen Kultur des französischen Mutterlands. Die von ihnen ausgelösten Reaktionen machen die damals in Frankreich herrschenden Schwierigkeiten deutlich, gesellschaftliche Vielfalt und staatsbürgerlichen Universalismus zugleich zu denken. Die von republikanischer und liberaler Seite kommende Kritik ist diesbezüglich besonders aufschlussreich. Von der von Gambetta und einigen seiner Freunde vorübergehend gewährten Unterstützung für Tolain einmal abgesehen, sprachen sich die Republikaner mit Nachdruck gegen die

Idee einer eigenen Repräsentation der Arbeiter aus, wenn sie sie nicht gleich verächtlich als eine Art Marotte abtaten. Jules Ferry widmet dem Problem keine einzige Zeile in seinem doch so reichhaltig mit Quellenbelegen versehenen Werk *La Lutte électorale en 1863*.⁵¹ Für dieses Misstrauen lassen sich sicherlich rein politische sowie den Umständen geschuldete Motive anführen. Zahlreiche Regimegegner konnten den Verdacht nicht loswerden, die Arbeiter stünden unter der Voraussetzung hinter der Diktatur, dass diese gewisse Zugeständnisse hinsichtlich einiger Sozialreformen machen würde. Der Kaiser und einige Personen aus seiner engeren Umgebung, darunter Prinz Napoleon, scheuten in der Tat keinerlei Mühe, um auf solche Weise die Opposition auf ein paar nostalgische Legitimisten und die Eliten des demokratisch gesonnenen Bürgertums zu reduzieren, indem sie die soziale von der politischen Frage ablösten.⁵² Die Liberalen und die gemäßigten Republikaner hegten zudem die Befürchtung, dass die negativen Erinnerungen an den Juni 1848 mit den Arbeiterkandidaturen und der Agitation gegen ein »rotes Schreckgespenst«, das den kaiserlichen Machenschaften Vorschub leisten könnte, wieder virulent würden. »Bekanntlich ziehen die Feinde der Freiheit aus diesen Erinnerungen ihre Kraft«, stellte Prévost-Paradol fest.⁵³ Ein Brief des Republikaners Clamageran fasst ebenfalls diese feindselige Haltung gegenüber dem *Manifest der Sechzig* zusammen. »Was Tolain anbelangt«, schreibt er am 22. März 1864, »bin ich begeistert von seiner Pleite, die nun vollends eingetreten ist. Zum einen drängt das rote Schreckgespenst zur Seite, das die Regierung zu beschwören sich erneut angeschickt hatte. Dann gab es eine Menge Intrigen im Zusammenhang mit dieser Kandidatur. Der Palais-Royal hatte da durchaus die Finger mit im Spiel.«⁵⁴

- 23 Über diese unmittelbaren Reaktionen hinaus stellte die Kritik an den Arbeiterkandidaturen diese grundsätzlich in Frage. Der dem *Manifest* von *Le Temps* gewidmete Kommentar aus der Feder von Nefftzer macht dies deutlich: »Wir können in einem Land, in dem das Gesetz keine Klassen mehr kennt, auch keine Kasten- oder Klassenkandidaturen zulassen; wir können ebenso wenig Arbeiterkandidaturen zulassen, wie wir bürgerliche oder aristokratische Kandidaturen zulassen. Ohne Abstriche aber lassen wir Kandidaturen von Arbeitern zu, so wie wir Kandidaturen von Bürgern oder Adligen zulassen, und zwar nicht weil sie adelig, bürgerlich oder Arbeiter sind, sondern weil sie französische Staatsbürger sind und weil das Gesetz vor der Urne nur Staatsbürger kennt. In einem Wort kann die Eigenschaft, ein Arbeiter zu sein, in unseren Augen weder einen Ausschluss noch einen Vorzug rechtfertigen.«⁵⁵ In der *Revue des Deux Mondes* sind Ton und Argumentation identisch. Es lohnt sich freilich, sie zu zitieren, so sehr machen diese Seiten die Stärke wie auch die Verblendung eines gewissen politischen Universalismus deutlich. »Den Verfassern des Programms bezüglich der Arbeiterkandidaturen muss man es frank und frei heraus sagen«, kündigt der Redakteur der *Chronique politique* an. »Wenn sie die Arbeiter als eine Klasse innerhalb der Nation ansehen, mit Interessen, die sich von denen der übrigen Kategorien von Staatsbürgern unterscheiden, begehen sie einen schweren Irrtum, der zweifelsohne einen Schritt nach hinten darstellt. Das Glück und die Ehre der französischen Demokratie bestehen darin, in unserem Land die verhassten und kränkenden Klassenunterschiede zum Verschwinden gebracht zu haben. Diejenigen, die diese Unterschiede just im Namen der Demokratie gerne wieder aufleben lassen wollten, begingen den ungeheuerlichsten und beklagenswertesten Widersinn [...] und würden mit eigenen Händen das Werk der Französischen Revolution zunichtemachen. Sie arbeiteten daran, diese Grundbedingung des bei uns herrschenden öffentlichen

Friedens durcheinanderzubringen, der auf dem universellen Gefühl der Gleichheit beruht.«⁵⁶ Dieser Argumentation zufolge macht die rechtliche Gleichheit allein die Formulierung von Unterschieden faktisch zu einem Ding der Unmöglichkeit. Sie fällt also im chemischen Sinne den Abstraktionstyp, der eine instrumentelle Voraussetzung für die moderne Emanzipation darstellt, so weit aus, bis er zu einem in sich selbst geschlossenen Prinzip wird.

- 24 Es existiert eine Art Radikalisierung der Wahrnehmung, die in einem derartigen republikanischen Diskurs beständig am Werk ist. Jegliche Form von Partikularität gerät in den Verdacht, automatisch in die inakzeptabelsten Formen des Unterschieds zwischen den Menschen auszuarten. Woher das kommt, wird in diesen Texten klar benannt: Es ist die Radikalität des revolutionären Bruchs, die tendenziell alles, was die Verheißungen der neuen Welt zu bedrohen scheint, den Formen der Vergangenheit zuschlägt. Das Schreckgespenst der Kaste schwebt somit ständig über den Repräsentationen des Sozialen. Das von den Republikanern als Gegenfeuer gegen die Initiative Tolains lancierte »Gegenmanifest« der Achtzig zögern im Übrigen nicht, es sogleich zu schwenken. »In dem Kampf, zu dem es erneut kommen wird«, liest man darin, »müssen die Kasten angesichts der Prinzipien verschwinden.«⁵⁷ Eine ganz außerordentliche Formulierung, in der die Realität aufgefordert wird, sich den Weisungen der historischen Vernunft unterzuordnen!
- 25 Im Frühjahr 1848 brachte *Le National*, das symbolträchtige Sprachrohr der republikanischen Orthodoxie, bereits die gleichen Argumente vor, um dem Anspruch einiger Arbeiter, in eben dieser Eigenschaft einen Platz auf den republikanischen Listen zu bekommen, nachdrücklich entgegenzutreten. Der Kontrast zwischen dem eher marginalen Charakter solcher Forderungen und dem Platz, den diese Zeitschrift der Kritik an ihnen widmet, ist überdies überraschend. Die Redakteure von *Le National* räumen der theoretischen Widerlegung der Idee der Arbeiterrepräsentation enorme Bedeutung ein, als ob sie befürchteten, dass sich damit eine Büchse der Pandora öffnen könnte. Das Schreckgespenst des Korporatismus lässt damals die Republikaner buchstäblich erstarren, indem es eine Scheidelinie zieht, unterhalb deren es als unmöglich erscheint, die politische Moderne und den Fortschritt zu denken. »Was faselt man da noch von Klassen? Es gibt heute keine Klassen mehr«, donnerte *Le National*. »Reiche oder Arme, Ungebildete oder Gebildete, Müßiggänger oder Werktätige, wir sind alle gleichermaßen Staatsbürger, alle sind wir Nationalgardisten, alle Wähler, alle Wahlkandidaten, und zwischen uns gibt es keine andere Unterscheidungen mehr als die, die sich aus der Rechtschaffenheit, der Aufgeklärtheit, der Selbstlosigkeit und den geleisteten Diensten ergibt. Es wäre eine Verkennung des Geists der Epoche, in die wir eintreten, es wäre ein wahrhaftiger Anachronismus, eine Verletzung des Grundsatzes bürgerlicher und politischer Gleichheit, die zukünftig die Gesellschaftsordnung beherrschen soll, sorgte man sich bei den nächsten Wahlen um das Vermögen oder die Profession der Kandidaten. Verschaffte man nicht diesem Berufsstand ein echtes Privileg, wenn man sagte, es braucht so und so viele Abgeordnete dieser oder jener Profession [...]. Es gibt in sämtlichen Ständen, in sämtlichen Rängen der Gesellschaft verdienstvolle Menschen. Suchen wir sie also nicht eher hier als da: nehmen wir sie von überall her.«⁵⁸ Die Argumente haben 1864 nicht gewechselt. Bis zum Überdruß werden sie in den liberalen und republikanischen Gazetten ganzseitig wiedergekaut und zeugen so von der außerordentlichen

Wirkmächtigkeit der revolutionären politischen Kultur, die es fast schon unmöglich macht, sich eine konkrete Sicht auf das Soziale überhaupt gedanklich vorzustellen.

- 26 Allgemeiner illustrieren die Begrifflichkeiten der Debatte über die Arbeiterkandidaturen die Komplexität der sich um die Repräsentationsthematik drehenden Fragen. Sie verweisen zunächst schlicht auf den Gegensatz zwischen den beiden klassischen Verwendungen des Begriffs Repräsentation: Identitäten hervorzubringen und eine Macht zu legitimieren. Auf der einen Seite die *Darstellungsrepräsentation* (*représentation-figuration*), deren Ziel darin besteht, zuzulassen, dass die Gesellschaft sich in ihrer Verschiedenheit ausdrücken kann, indem sie allen Gruppen die Möglichkeit zur Äußerung ihrer Ansichten bietet; auf der anderen Seite die *Vertretungsrepräsentation* (*représentation-mandat*), deren Ziel es ist, die repräsentative Regierung zu konstituieren, und die die Einheit von Macht wie Gesellschaft betont (die Repräsentation dient in diesem Fall als Ersatz für eine für nicht praktikabel gehaltene direkte Demokratie). Diese Unterscheidung hat gewissermaßen strikt funktionalen Charakter und führt in sich zu keinerlei unüberwindlichen Widersprüchen. Wie erklären sich in diesem Fall die beinahe unauflösbaren Spannungen, die in den Diskussionen über die Bedeutung und die Tragweite des *Manifests der Sechzig* zum Ausdruck kommen? Grund dafür ist, dass sie sich nicht allein aus dieser funktionalen Unterscheidung ergeben und mit etwas Fundamentalere korrespondieren. Die Frage der Repräsentation verkompliziert sich historisch in zweifacher Hinsicht, nämlich soziologisch wie auch philosophisch.
- 27 Die Formen der Spiegel-Repräsentation können so je nach Lesart, die man sich von der Gesellschaft macht, beträchtlich variieren. Wird die Gesellschaft als aus bestimmbar elementaren Einheiten zusammengesetzt gefasst, besteht die Repräsentation in einer einfachen Beschreibung, in einer Übersetzung. Wird die Gesellschaft aber als undurchsichtig und unlesbar angesehen, wird die Repräsentation eine konstruktive Dimension ausbilden müssen: Um die Gesellschaft ausdrücken zu können, muss sie diese zunächst erst einmal herstellen. Eine Unterscheidung, die sich selbst wiederum in einen auf historischer Ebene gelegenen Gegensatz zwischen dem »Alten« (die Stände- und Klassengesellschaft) und dem »Modernen« (die Gesellschaft der Individuen), sodann in eine politische Antinomie zwischen dem Wagnis eines möglichen Hinter-sich-Lassen des Alten im Neuen (indem sie betont, dass das Nachflimmern der Klassenteilung nur vorübergehend ist) und der im Gegensatz dazu stehenden Feststellung einer Unüberwindlichkeit der Teilung in Klassen auffächert. Dieser politische Gegensatz nimmt in der Folge eine philosophische Dimension an, insofern er die Bedeutung, die man dem Regime der Fiktion in der modernen Politik zugesteht, ins Spiel bringt. Wenn die Fiktion staatsbürgerlicher Gleichheit und der Totalität-Nation nur als fromme Lüge angesehen wird, bekommt die moderne Abstraktion eine negative Dimension (sie ist reine Entfremdung und verweist auf keinerlei Emanzipationsprozess) und tritt in Gegensatz zu einer »realen« Gesellschaft. Wird die demokratische Fiktion dagegen als ein positives Werk angesehen, das eine (auf der Ähnlichkeit und nicht mehr auf der hierarchischen Organisation der Unterschiede gegründete) neue Form sozialer Integration möglich macht und zugleich präfiguriert, wird die Konstruktion qua Repräsentation einer abstrakten Nation zu einer Voraussetzung für die gesellschaftliche Emanzipation.
- 28 Die Fakten und ihre Interpretation verschränken sich permanent, wodurch das Problem der Repräsentation ein Mehr an Tiefe bekommt und sie ins Zentrum der

Schwierigkeiten gerückt wird, auf die man bei der Errichtung der modernen Demokratie stößt. Offenkundig wird das, sobald man eine vergleichende Perspektive einnimmt. Im Gegensatz zum französischen Fall wurden die Fortschritte der Demokratieentwicklung in England an ein Klassenkonzept geknüpft. Hier stützte sich die Ausdehnung des allgemeinen Wahlrechts im 19. Jahrhundert auf eine »überkommene« Sicht auf das Soziale. Das zeigt sich besonders am Beispiel der *Reform Bill* von 1867, eben jener, mit der die entscheidende Wende durch die Verdopplung der Anzahl der Wähler bewirkt wurde.⁵⁹ Als John Stuart Mill 1866 den ersten Reformentwurf verteidigt, betont er bezeichnender Weise diesen Ansatz, um die konservativen Stimmen zu gewinnen. »Der Entwurf«, so erklärt er, »leitet sich nicht von so etwas ab, was man eine arithmetische Theorie der Repräsentation nennen könnte. Sie ergibt sich logisch aus einer Klassentheorie, jener, von der wir alle wissen, dass sie die konservative Sicht der Constitution wiedergibt.«⁶⁰ Die Gegner der Reform lehnten nämlich jeglichen individuellen Begriff politischer Rechte ab, einzig Gruppen, Territorien oder organisierte Interessen kamen ihrer Auffassung nach in Frage, vertreten zu werden. Während die Liberalen das Wahlrecht auf das Bildungsniveau und die Fähigkeit zu rationalem und aufgeklärtem Verhalten gründeten, fassten die Konservativen die Repräsentation immer noch nach den veralteten Konzepten von Stand und Körperschaft. Um seine Ideen voranzubringen, führt Mill also die Anomalie an, dass eine ganze Gruppe, die der *working classes*, keine Stimme habe, um sich im Parlament Gehör zu verschaffen: »Wir fordern, dass sie als Klasse repräsentiert werden, wenn sie schon nicht als menschliche Wesen repräsentiert werden können«, argumentierte er.⁶¹ Als die Konservativen im Jahr darauf nach dem Scheitern des Whig-Kabinetts die Initiative ergreifen, machen sie sich übrigens diese Thematik völlig zu eigen. Sie misstrauen zwar den Anmaßungen der Vernunft, die sie a priori revolutionärer Neigungen verdächtigen, vertrauen jedoch den Gewohnheiten und Interessen, die sie für stabiler und weniger gewagt halten.⁶² Es ist auffallend, dass Frankreich und England innerhalb von nur wenigen Jahren zwei zueinander gegensätzliche Philosophien der Repräsentation aufweisen. Während die französischen Republikaner von 1864 sich entschieden den Arbeiterkandidaturen entgegenstemmen, dient jenseits des Ärmelkanals gerade die Anerkennung der Legitimität einer Klassenvertretung zur Begründung der Wahlreform.

- 29 In seinem berühmten Essay *The English Constitution*, der just im Jahr 1867 veröffentlicht wird, greift nun Walter Bagehot die Thematik auf. An der Stelle, wo er über die politische Interessenartikulation spricht, macht er folgende Bemerkung: »Diese Lehre war bei unseren Vorfahren wohlbekannt. Sie strebten danach, den verschiedenen Wahlversammlungen oder doch vielen derselben einen bestimmten *Charakter* zu geben. Sie wünschten, daß jeder Handelszweig, die Seegeschäfte, das Wollgeschäft, der Leinenhandel seinen eigenen Fürsprecher haben sollte; damit das Parlament, das keiner Abtheilung angehört, die Gedanken jeder Abtheilung wissen könnte, ehe es zur nationale Entscheidung käme. Dies ist der wahre Grund, weshalb man den arbeitenden Klassen ein Theil an der Repräsentation gewähren sollte.«⁶³ Bagehot betont auch nachdrücklich, dass diese Philosophie der Repräsentation auf eine ursprünglich vorherrschende Auffassung des House of Commons als eines Petitionsorgans verweise, das im Wesentlichen eine »Funktion des Ausdruckgebens« gehabt habe.⁶⁴ Die soziale Dimension der Repräsentation erscheint in diesem Fall also einer vordemokratischen Sicht des Parlaments eingeschrieben, in der die Problematik der Wahl von jener der Staatsbürgerschaft abgelöst ist. Die Repräsentation nach Klassen scheint damit zugleich

als diesseits wie jenseits des demokratischen Universalismus zu liegen. Diesseits, weil sie sich an eine restriktive Auffassung der parlamentarischen Macht anlehnt, zugleich aber für eine geteilte und hierarchisch strukturierte Gesellschaft Partei ergreift; in gewisser Hinsicht aber auch jenseits, weil sie sich als Antwort auf die Beschränkungen des demokratischen Formalismus verstehen lässt.

- 30 Man übersieht nun alles, was die Geschichte der Demokratie auf den beiden Seiten des Ärmelkanals im 19. Jahrhundert trennt. Als aufmerksamer Beobachter bemerkt Pierre Leroux, dass »die echte Nachahmung der englischen Verfassung für Frankreich darin bestanden hätte, der Vertretung (*représentation*) der Bourgeoisie eine spezielle Vertretung (*représentation*) des Proletariats als Gegengewicht beizugeben«. ⁶⁵ Allerdings um sogleich festzustellen, dass sie ein Ding der Unmöglichkeit wäre. »Diese Politik«, bemerkt er, »sollten weder unsere Freunde noch unsere Gegner verstehen. Für die Revolutionäre war sie zu brav und zu gemäßigt; für die Konservativen allzu revolutionär«. ⁶⁶ Pierre Leroux wird hier nicht nur als Bewunderer Jean Reynauds zitiert, der als erster den Gedanken einer separaten Arbeiterrepräsentation formuliert hat, sondern auch als besonders helllichtiger Analytiker der Widersprüche, mit denen sich die politische Kultur Frankreichs im 19. Jahrhundert herumschlug. In den inspirierten Seiten seines *Discours aux politiques* hat er gut gezeigt, wie Frankreich »seit einem halben Jahrhundert schon zwischen der Nachahmung der früheren französischen Regierung und der Nachahmung der englischen Regierung« schwankte. ⁶⁷ Auf der einen Seite Rousseau und die Schwärmerei für die *eine* und *alleinige* Macht, die absolute Souveränität, auf der anderen Seite Montesquieu und die nostalgische Verklärung einer organischen Gesellschaft, in der die Pluralität der Mächte und Gegenmächte in der gesellschaftlichen Ordnung selbst verankert ist. Während der Pragmatismus Disraelis und der Torys England erlaubt, ohne größere Reibereien seinen eigenen Weg in die moderne Demokratie zu finden, erscheint der französische Weg ungemein holpriger. Die Debatte über die Repräsentation ist hier durch das Nachwirken der revolutionären Ereignisse permanent überdeterminiert. Der Grund für die Schwierigkeit der Republikaner, eine universalistische Sicht mit der Anerkennung des gesellschaftlichen Pluralismus zu versöhnen, findet sich in den Aporien der revolutionären politischen Kultur, ihr Argwohn und ihre Reserviertheit werden auch durch all die Uneindeutigkeiten genährt, die mit den Forderung nach gesellschaftlicher Repräsentation im 19. Jahrhundert einhergehen.
- 31 Die Unentschiedenheit zwischen dem Alten und dem Neuen an der Idee gesellschaftlicher Repräsentation zeigt sich im institutionellen Feld. Sie verweist jedoch zugleich exakt auf den Sinn der Forderung nach Repräsentation. Zielt diese darauf ab, einem speziellen Teil der Nation eigene Ausdrucksmöglichkeiten zu verschaffen oder besteht das Ziel in der Wiedereingliederung einer ausgegrenzten Bevölkerungsgruppe in eben diese Nation? Will man dabei die gewöhnliche Lage des Arbeiters oder die Ausgrenzung des Proletariats in Rechnung stellen? Die beiden Problematiken überlappen sich nicht. Im ersten der beiden Fälle stellt die Klassenrepräsentation eine Modalität des normalen Funktionierens der Institutionen dar, während sie im zweiten als eine Art Wiedereingliederungstechnik, eine situationsbedingte und damit im Wesentlichen zeitlich befristete, für Ausgleich sorgende Notwendigkeit angesehen werden kann. Die beiden Herangehensweisen lassen sich nie eindeutig voneinander trennen oder in ihrer spezifischen Besonderheit wirklich identifizieren. Dennoch entsprechen ihnen zwei historische Formen des Sozialismus. Die Sozialdemokratie beruht auf dem Grundsatz der separaten Vertretung

(*représentation*) von Klasseninteressen, die als stabil und in ihrer Verschiedenartigkeit als gleichermaßen legitim angesehen werden. Auf der anderen Seite behauptet sich ein radikalerer Sozialismus – historisch gesehen ist das der Kommunismus –, der auf dem Versuch der Verwirklichung eines neuen Universalismus basiert. Die Negativität des Proletariats ist in diesem Fall die Voraussetzung für das Aufkommen einer echten klassenlosen Gesellschaft. Die gesellschaftliche Separierung und die Differenzierung der Interessen stellen dann nur einen historischen Moment des revolutionären Kampfes dar. Das französische Problem besteht darin, dass die Arbeiterbewegung diese beiden Wege im 19. Jahrhundert abgelehnt hat. Sie wollte die Legitimität der gesellschaftlichen Separierung und die Verbundenheit zum universalistischen Horizont gemeinsam stark machen, weshalb sie ins Oszillieren zwischen den beiden Polen des Proudhonismus und des Republikanismus geriet, ohne jedoch die politische Formel für den gesellschaftlichen Pluralismus finden zu können.

- 32 Wie ließen sich in dieser französischen Sichtweise die Fakten und die Prinzipien miteinander versöhnen? Darin besteht die Kernfrage, die die Gestalt einer Spannung zwischen dem Sozialen und dem Politischen annimmt, wobei jede der beiden Sphären die einen oder die anderen in sich zu fassen scheint. Die Distanz zwischen der Realität und ihrer Repräsentation findet hier also ihren radikalst-schizophrenen Ausdruck. In diesem Kontext existieren nur zwei Möglichkeiten, den Umgang mit den realen Unterschieden zu denken: der demokratische Elitismus einerseits, das Arrangement andererseits.
- 33 Im individuellen Aufstieg kann die egalitäre Verheißung Gestalt annehmen. Sie bewirkt eine Art Gestaltwandel der sozialen Unterschiede. Das Soziale muss hierfür jedoch singularisiert werden und darf nicht mehr in der Klassengestalt begriffen werden. Man will, dass der Arbeiter in seinem eigenen Namen spricht und sich nur als Individuum vorstellt. Unter dieser Voraussetzung kann er seinen Platz in der Gesellschaft uneingeschränkt finden. »Auf dem Schlachtfeld der Wahl, mit den umfangreichen Proportionen, die ihm das allgemeine Wahlrecht verschafft hat«, schreibt *La Presse* in diesem Sinne, »besteht keine größere Veranlassung mehr dafür, dass der einfache Arbeiter nicht Abgeordneter, als dafür, dass der einfache Soldat nicht Marschall von Frankreich wird. Ja, es ist gut, es ist gerecht, dass wer auch immer sich unterscheidet und sich erhebt, auch unterschieden und gehoben wird. Nur unter dieser Voraussetzung wird die wahrhafte und einzig dauerhafte Ordnung begründet; nur unter dieser Bedingung werden die Massen schließlich gegenüber den Institutionen ihres Landes den gleichen patriotischen Stolz und die gleiche heroische Ergebenheit empfinden, wie sie es auch für seine Flagge tun.«⁶⁸ Je ausgeprägter als die Verleugnung des Sozialen, desto stärker die Bekräftigung eines solchen demokratischen Elitismus. Seine Aufgabe besteht darin, durch eine Sublimierung auf individueller Ebene die sozialen Spaltungen zu exorzieren. Daraus erklärt sich auch der für Frankreich typische Kult der Schule. Über das volksaufklärerische Bemühen, die Zahl und die Vernunft zu vereinigen, hinaus, erlaubt es die Schule, dem Grundsatz der Gleichheit über die Bildung einer neuartigen Kategorie, jener der Eliten, sinnlich wahrnehmbare Gestalt zu geben. Über deren Erscheinen gelingt ihr eine Art imaginäre Transsubstantiation des Sozialen und sie erlaubt, dass – zwangsläufig begrenzt auf ihr Feld, aber exemplarisch hinsichtlich der Modalitäten – Prinzipien und Wirklichkeit in eins fallen. Damit erklärt sich die Bedeutung dieser Unterscheidung von Arbeiterkandidaturen und Kandidaturen von Arbeitern. »Diese Unterscheidung, die auf den ersten Blick etwas haarspalterisch erscheinen mag«, schreibt *L'Opinion nationale*,

»entbehrt keineswegs jeglicher Grundlage. Man kann nämlich nicht mehr einfach, ohne ein Gesetz, das die gesetzlich garantierte Gleichheit aller Staatsbürger verböte, Abgeordnete der Arbeiterklasse oder des Bürgertums ins Parlament schicken, so wie es früher in den Generalständen Vertreter (*représentants*) des Adels, der Klerus und des dritten Standes gab.«⁶⁹

34 Man kann vielleicht auf der Ebene der Prinzipien nicht nachgeben, allerdings lässt sich alles situationsangemessen arrangieren. Die Republikaner laden demnach die Sechzig zu einer Art institutioneller Bricolage ein. »Wir finden es sehr natürlich, dass die Arbeiter einen der Ihren delegieren möchten, wenn sie der Auffassung sind, dass ihre Interessen in der Kammer nicht genügend repräsentiert sind«, räumt *Le Temps* in konzilianter Weise ein.⁷⁰ Zwar wird der Grundsatz der Klassenvertretung entschieden gebrandmarkt, doch können die Arbeiterkandidaturen ihren Platz im normalen Spiel der Politik finden. »Es kann passieren«, schreibt die *Revue des Deux Mondes*, »dass bei einer Wahl der Einfluss kollektiver, damit aber partikularer Interessen spürbar wird, sei es durch die Art und Weise, in der sich die Stimmen gruppieren, sei es durch die Auswahl eines Kandidaten, der sich aufgrund einer speziellen Fähigkeit empfiehlt [...]. Wenn auf der Tagesordnung entweder eine Steuer auf ein Massenprodukt oder die Regulierung der Arbeitszeiten in den Werkstätten steht, dann ist es auch vollkommen natürlich, dass sich die Arbeiter untereinander abstimmen, um sich von einem der Ihren vertreten zu lassen.«⁷¹ Doch in diesem Fall, warnt das liberale Blatt, »reduzieren sich die von den Arbeitern geforderten Kandidaturen, wie alle anderen, nur auf ein zeitliches oder örtliches Arrangement.«⁷² Tolain und die Sechzig waren sehr vorsichtig bei der Wahl ihrer Formulierungen. Ihre Idee ist durchaus die einer Klassenrepräsentation, sie drücken sie aber in Begrifflichkeiten aus, die genügend vage bleiben, um nicht den Konflikt mit den republikanischen Doktrinen heraufzubeschwören. Die Vorsichtsmaßnahmen, die Tolain in seinem persönlichen Wahlmanifest trifft, sind diesbezüglich aufschlussreich. »Im Grundsatz«, schreibt er, »weisen wir jede Klassenunterscheidung zurück, allerorten sehen wir nur Staatsbürger mit gleichen Rechten, gleichen Pflichten. In dieser Beziehung empfinden wir genau so wie Ihr; nicht Ihr seid es, Ihr intelligenten Söhne der Republik, die Ihr darüber nachdenkt, die Korporationen im Namen eines Einzelinteresses wieder aufleben zu lassen, das in Euren wie in unseren Augen in der großen staatsbürgerlichen Gleichheit aufgeht, die Ihr zusammen mit uns verfolgt und die wir in Bälde erringen werden.«⁷³ Er geht sogar soweit zu schreiben, dass die »Arbeiterkandidatur kein Grundsatz« sei.⁷⁴ Er hatte nicht einmal gezögert, vom allgemeinen Wahlrecht als der »souveränen Säure, die die alten Parteiungen auflöst«⁷⁵, zu sprechen und damit eine Formulierung zu gebrauchen, die die Republikaner mit Genugtuung aufnahmen.

35 Die Republikaner beabsichtigten im Grunde, mittels der Flexibilität der Praxis das zu lösen, was die Starrheit der Theorie ihnen zu denken untersagte. Man erwartet die Lösung des Gesellschaftsproblems in der Politik mittels einer Kultur des Arrangements und des Aushandelns. Sie haben ein Verständnis des Problems des politischen Universalismus, die man kulturell nennen könnte. Nicht durch die Anpassung der Prinzipien, sondern durch eine Änderung des praktischen Umgangs will man auf die Forderung der Arbeiter antworten. Die Republikaner des 19. Jahrhunderts benehmen sich gegenüber den Arbeitern wie die Aristokraten des 18. Jahrhunderts gegenüber den Frauen: die Gleichheit ist für sie eine Sache des praktischen Umgangs und nicht der Institutionen.

BIBLIOGRAPHIE

- Albiot, J. (1869) : Annales du Second Empire. Les Campagnes électorales 1851-1869, Paris.
- Bagehot, Walter (1859) : Parliamentary Reform. An Essay, London.
- Bagehot, Walter (1867): The English Constitution, London.
- Bagehot, Walter (1868): Englische Verfassungszustände, Berlin.
- Bastelica, André (1869) : Le Suffrage universel et la Révolution, Marseille.
- Béranger, Charles (1831) : Pétition d'un prolétaire à la Chambre des députés, Paris.
- Chevalier, Michel (1832): À Lyon, 23. November 1832, Ménilmontant : imp. de E. Duverge.
- Clamageran, Jean-Jules (1906): Correspondance (1849-1902), Paris : F. Alcan.
- Coste, Bernard (1968) : Un journal saint-simonien sous le Second Empire: Adolphe Guérault et »L'Opinion nationale«, Paris : Faculté de droit.
- Coutant (1869) : Les candidatures ouvrières, Paris.
- Davis, Richard W. (1974): »The whigs and the ideal of Electoral deference«, Durham University Journal, 67, S. 79-91.
- Delvau, Alfred (1867-8): Les Murailles révolutionnaires de 1848, 2 Bde. Paris : E. Picard.
- Duvergier de Hauranne, Ernest (1869) : La Coalition libérale, Paris : Le Chevalier.
- Flaubert, Gustave (2000 [1880]): Die Erziehung der Gefühle, übers. von Cornelia Hasting, Zürich: Haffmans Verlag.
- Fougère, Henry (1905) : Les Délégations ouvrières aux expositions universelles sous le Second Empire, Montluçon : Imprimerie A. Herbin.
- Freymond, Jacques (Hg.) (1963): La Première Internationale, Genf : Droz.
- Girardin, Émile de (1851a) : La Révolution légale par la présidence d'un ouvrier, Paris: Librairie nouvelle.
- Girardin, Émile de (1851b) : »Du candidat à la présidence, IV«, Le Bien-être universel, o.D.
- Griffiths, David Albert (1965): Jean Reynaud, encyclopédiste de l'époque romantique, Paris : Rivière.
- Guionnet, Christine (1997) : L'apprentissage de la politique moderne. Les élections municipales sous la monarchie de Juillet, Paris : L'Harmattan.
- Guiral, Pierre (1955): Prévost-Paradol, 1829-1870. Pensée et action d'un libéral sous le Second Empire, Paris.
- Gutsmann, W. L (1967): A Plea for Democracy, An edited selection from The 1867 Essays on Reform and Questions for a Reformed Parliament, London.
- Himmelfarb, Gertrud (1966): »The Politics of Democracy: the English Reform Act of 1867«, The Journal of British Studies, November 1966, S. 97-138.
- Leroux, Pierre (1848) : De la ploutocratie ou du gouvernement des riches, Boussac : Imprimerie de Pierre Leroux.

- Leroux, Pierre (1850) : Œuvres de Pierre Leroux (1825-1850), Bd. 1, Paris : Librairie G. Sandré.
- Leroux, Pierre (1850a) : »Trois discours sur la situation actuelle de la société et de l'esprit humain«, in : Ders. (1850), Bd. 1, S. 3-288.
- Leroux, Pierre (1850b) : »Discours aux politiques«, in: Ders. (1850), S. 89-288.
- Leroux, Pierre (1850c) : »De la nécessité d'une représentation spéciale pour les prolétaires«, in: Ders. (1850), S. 346-364.
- Macaulay, Thomas Babington (1852): Critical and Historical Essays, contributed to the Edinburgh Review, London: Longman et al..
- Mackintosh, Sir James (1818): »Universal Suffrage«, Edinburgh Review, Bd. 31, Dezember 1818, S. 166-203.
- Maritch, Sreten (1930): Histoire du mouvement social sous le Second Empire à Lyon, Paris : Rousseau.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1965) : MEW, Bd. 31, Berlin: Dietz.
- Mill, John Stuart (1859): Thoughts on Parliamentary Reform, wiederabgedruckt in: Ders.: Essays on Politics and Society, Toronto, University of Toronto Press, 1977, Bd. 2.
- Mill, John Stuart (1866): Rede vom 13. April 1866, Hansard's Parliamentary Debates, 3. Reihe, Bd. 182, 1866.
- Moore, David C. (1976): The Politics of Deference, New York.
- o.V. (o.J.): Les Murailles révolutionnaires de 1848, Paris, 2 Bde.
- Offerlé, Michel (1984): »Illégitimité et légitimation du personnel politique ouvrier en France avant 1914«, Annales E.S.C., Juli-August 1984.
- Parkl, Joseph H. (1920): The English Reform Bill of 1867, New York.
- Pecqueur, Constantin (1841) : Des améliorations matérielles dans leurs rapports avec la liberté, 2. Aufl., Paris.
- Petétin, Anselme (1843): »De l'égalité représentative«, Revue indépendante, 10. April 1843.
- Proudhon, Pierre Joseph (1924) : Œuvres complètes de P.-J. Proudhon (hg. von Maxime Leroy), Paris : Éd. Marcel Rivière.
- Proudhon, Pierre Joseph (1870) : Contradictions politiques. Théorie du mouvement constitutionnel au XIXe siècle, Paris : Lacroix, Verbroeckhoven et Cie.
- Proudhon, Pierre Joseph (1865) : De la capacité politique des classes ouvrières, Paris: Dentu.
- Proudhon, Pierre Joseph (1911) : Lettres inédites à Gustave Chaudey et à divers Comtois, Besançon: impr. de Dodivers.
- Rancière, Jacques (1981) : La nuit des prolétaires. Archives du rêve ouvrier, Paris : Fayard.
- Reynaud, Jean (1832a): »De la nécessité d'une représentation spéciale des prolétaires«, Revue encyclopédique, Bd. LIV, April 1832.
- Reynaud, Jean (1832b) : »De l'aristocratie«, Revue encyclopédique, Bd. LVI, Oktober-Dezember 1832.
- Roche, Ernest (1879) : Séances du congrès ouvrier socialiste de France, Troisième session tenue à Marseille du 20 au 31 octobre 1879, Marseille.

Rohr, Jean (1963) : La Candidature officielle sous le Second Empire, mémoire de D.E.S., Faculté de droit, Paris, Oktober 1963.

Rude, Ferdinand (1949): »La préparation des élections à l'Assemblée constituante«, in : La Révolution de 1848 dans le département de l'Isère, ouvrage publié sous les auspices du Comité départemental du Centenaire de la Révolution, Grenoble.

Six, Théodore (1864): Annales du travail. Le peuple au peuple, Paris.

Smith, Francis Barrymore (1966): The Making of the Second Reform Bill, London.

Tartaret, Eugène (1868-1869): Exposition universelle de 1867. Commission ouvrière de 1867. Recueil des procès-verbaux des assemblées générales des délégués, Paris, 2 Bde.

Tchernoff, Iouda (1906) : Le Parti républicain au coup d'État et sous le Secon Empire, Paris.

Terson, Jean (1839): De la réforme électorale, Paris.

Thabault, Roger (1945) : Mon village : 1848-1914, l'ascension du peuple, Paris.

Thiers, Adolphe (1836) : Compte rendu au Roi sur les élections municipales de 1834, Paris : Imprimerie royale.

Thomas, Albert (1907) : Le Second Empire, Paris (Bd. X der Histoire socialiste von Jean Jaurès).

Tolain, H. (1864) : Élections des 20 et 21 mars 1864, 5e circonscription. H. Tolain, candidat de l'opposition.

Tolain, Henri(1863): Quelques vérités sur les élections de Paris (31. Mai 1863), Paris.

Tournier, Marcel (1975): »Le mot ›peuple‹ en 1848 : désignant social ou instrument politique«. Romantisme, 5, 9, S. 6-20.

Tudesq, André-Jean (1964): Les Grands Notables en France (1840-1849). Étude historique d'une psychologie sociale, Paris, 2 Bde.

Vigier, Philippe (1973) : »Élections municipales et prise de conscience politique sous la monarchie de Juillet«, in : La France au XIXe siècle. Mélanges offerts à Charles Hippolyte Pouthas, Paris : Publications de la Sorbonne, S. 278-286.

Zevaès, Alexandre (1933): »Les candidatures ouvrières et révolutionnaires sous le Second Empire«, La Révolution de 1848, 39, 142, März 1932- Februar 1933.

NOTES

1. Reynaud (1832a). Vgl. auch vom selben Autor (1832b), wo er die Überlegungen des vorausgegangenen Artikels fortführt. Zur Figur Jean Reynauds, der einen bedeutenden Platz in der intellektuellen Geschichte des französischen Sozialismus einnimmt, vgl. Griffiths (1965).
2. Pierre Leroux sorgte maßgeblich für den Wiederhall, den dieser Artikel fand, den er auch als einen der Gründungstexte der französischen Arbeiterbewegung ansah. Er gibt lange Auszüge davon in seinem Buch *De la ploutocratie ou du gouvernement des riches* (Leroux [1848]) wieder und druckt ihn sogar vollständig in einem Anhang zur endgültigen Auflage der *Trois discours sur la situation actuelle de la société et de l'esprit humain* ab (Leroux [1850a], S. 346–364).
3. *Journal des ouvriers*, 11, 28. Oktober 1830.
4. Diesbezüglich sei beispielhaft auf den Artikel »De l'égalité représentative« verwiesen, den Anselme Petétin am 10. April 1843 in der *Revue indépendante* veröffentlicht hat. Der ehemalige

Redakteur des *Précurseur* Petétin verkörpert das Denken und Fühlen der Arbeiterschaft in den 1830er Jahren.

5. Abgedruckt in Delvau (1867–1868). Vgl. für Paris auch die am 1. April 1848 von der Generalversammlung der Delegierten der Arbeiter (die *Assemblée du Luxembourg* mit Albert und Louis Blanc als Vorsitzenden) verabschiedete Wahlordnung, in der gefordert wird, dass unter den 34 Abgeordneten des Departements Seine zwanzig Arbeiter sein müssen (B.N. Le ⁶⁴ - 853). In einer Bekanntmachung vom 7. März hatten Albert und Louis Blanc gefordert, dass die Nationalversammlung zu einem »lebendigen Querschnitt durch die ganze Gesellschaft« werden solle (*La Réforme*, 6. März 1848).

6. Vgl. Rude (1949). In der Sammlung De Vinck (B.N., cabinet des Estampes) finden sich mehrere Plakate vom Frühjahr 1848 mit ähnlich lautenden Forderungen. In Montmorency fordert der städtische Wahlausschuss, dass »jede Gesellschaftsklasse zu gleichen Teilen vertreten sein solle, so dass es beispielsweise hundert Arbeiter, hundert Kaufleute, hundert Literaten usw. gebe« (nr. 14011). In *L'Éducation sentimentale* findet diese Bewegung ein Echo in dem, was Deslauriers über die Arbeiter sagt, »sie forderten sogar eigene Abgeordnete, die nur für sie gesprochen hätten« (Flaubert [2000 [1869], S. 496).

7. Vgl. *L'Atelier* vom 12. März 1848, wo gefordert wird, die elf Mitglieder der provisorischen Regierung, die fünf wichtigsten Anführer der sozialistischen oder philosophischen Schulen sowie 18 Arbeiter für die Abgeordnetenkammer von Paris aufzustellen. Es sei daran erinnert, dass *L'Atelier* in seinem Untertitel stolz betont, dass es ein »ausschließlich von Arbeitern redigiertes Spezialorgan der Arbeiterschaft« sei.

8. Vgl. den höchst anregenden Artikel von Tournier (1975).

9. Alfred Darimon, Jules Favre, Émile Ollivier, Ernest Picard und Hénon sind diejenigen, die die öffentliche Meinung »die Fünf« nennt. Vgl. zu dieser zu den »Männern von 1848« auf Distanz gehenden, gemäßigten republikanischen Opposition die von Darimon publizierten vier Bände *Souvenirs*.

10. Sämtliche Unterlagen dieser Debatte finden sich im Untersuchungsbericht der von den Behörden angestregten Prozesse gegen die dreizehn Republikaner, die die Wahlausschüsse organisiert hatten. Vgl. *Le Procès des treize en première instance*, Paris(1864); *Le Procès des treize en appel*, Paris (1864); *Le Procès des treize en cassation. Question des comités électoraux*, Paris (1865).

11. Coutant, Drucker, *Adresse aux électeurs de la 5^e circonscription de la Seine* (B.N., Le ⁷⁷ -1203 A).

12. Seine Unterstützung entspricht eher einem beiden gemeinsamen Anliegen, nämlich der »sozialen Frage«, denn einer Anerkennung der Arbeiterkandidatur aus grundsätzlichen politischen Erwägungen heraus. Vgl. hierzu die Hinweise von Tchernoff (1906) und Thomas (1907).

13. Brief vom 22. Februar an seinen Freund Chaudey (Proudhon [1911], S. 71).

14. Das wichtigste Material für eine solche Geschichte findet sich im Fonds Proudhon der städtischen Bibliothek von Besançon. Vgl. insbesondere die zahlreichen Briefe von Arbeitern an Proudhon, in denen von ihrer Enttäuschung angesichts des geringen Interesses von Männern der Opposition wie Darimon für ihre Probleme die Rede ist (z. B. ein langer, kollektiv verfasster Brief von Arbeitern aus Rouen vom 4. Oktober 1862, B.M. Besançon, ms. 2942, ff^{os} 153–155). Die praktische Entstehung des *Manifeste* lässt sich aus einem vom 3. Januar 1864 datierenden Brief Jean-Baptiste Petits an Tolain ersehen (B.M. Besançon, ms. 2981, ff^{os} 106–111). Nachdem Petit darin seine Zustimmung zu der 1863 von Tolain veröffentlichten Broschüre zum Ausdruck gebracht hat, schlägt er diesem vor, ein Manifest für die Kandidaturen von Arbeitern zu verfassen und die Presse um dessen Abdruck zu bitten. Das Vorhandensein dieses außerordentlich bedeutsamen Briefes im Nachlass Proudhons legt die Vermutung nahe, dass er ihm von Tolain anvertraut wurde, was die zentrale intellektuelle und politische Bedeutung des Sozialisten aus Besançon für die Arbeitermilieus belegt.

15. Vgl. die von Maritch (1930) gegebenen Hinweise. Maritch unterstreicht den spontanen Charakter der Arbeiterkandidaturen in Lyon, zu denen es unabhängig von den Pariser Ereignissen kommt. Vgl. zu den Arbeiterkandidaturen in Marseille Bastelica (1869).
16. Im *Salut public* vom 28. Mai 1863 inserierter Brief.
17. Bericht der politischen Polizei vom 27. Februar 1864, zit. nach Maritch (1930), S. 87.
18. Proudhon (1873), S. 191. Es sei hier daran erinnert, dass dieses kurz nach dem Tod Proudhons veröffentlichte Werk, das sein politisches Vermächtnis darstellt, eine Art langen Kommentar zum *Manifest der Sechzig* darstellt (dieses Manifest ist im Übrigen als Anhang der von Maxime Leroy edierten kritischen Ausgabe von Proudhons Werk beigegeben (Proudhon 1924); es ist zugleich die am besten zugängliche Edition). Édouard Berth, einer der großen Vordenker des revolutionären Syndikalismus, sagte einmal: »Die Arbeiterklasse sieht sich keinesfalls als das Teil eines Ganzen; sie versteht sich als ein Ganzes für sich allein« (*Mouvement socialiste*, Mai 1907, S. 491).
19. Zit. nach Rancière (1981), S. 195-196.
20. Chartier, Delegierter der Werktätigen von Nîmes, *Séances du Congrès ouvrier socialiste de France*, Troisième session tenue à Marseille du 20 au 31 octobre 1879, Marseille, 1879, S. 596. Chartier greift damit, ohne ihn zu zitieren, Äußerungen Proudhons aus *De la capacité politique des classes ouvrières* auf. »Dieses Wort Separation, mein Freund und Leser«, bemerkt Proudhon, »möge für euch kein alarmierendes Thema, ebenso wenig einen Vorwand für Verleumdung darstellen. [...] Die Separation, zu der ich rate, ist die Vorbedingung des Lebens selbst« (Proudhon [1873], S. 237).
21. »Solange wir uns nicht als Klasse behaupten«, schreibt beispielsweise der Arbeiter Daniel, »werden wir nicht organisiert sein. Wir bleiben verkannt. Wenn wir uns hingegen separieren, dann heißt das, im Leben anzukommen, das heißt, dass wir uns abgrenzen, das heißt Sein« (*Le Prolétaire*, 28. Dezember 1878, S. 2).
22. »Ich hoffe, dass wir gegen die liberalen Republikanern aller Schattierungen in den Wahlkampf eintreten, um die Abspaltung des Volkes von der Bourgeoisie zu bekräftigen«, schreibt er 1869 vor den Parlamentswahlen (zit. nach Zevaès 1933, S. 144).
23. Vgl. insbesondere die in bissigem Ton verfasste Broschüre Coutants (1869), in der er sich ereifert: »In unseren Zeiten gibt es unter den Demokraten Leute, die die Arbeiter noch wie Neger behandeln«. Vgl. auch den »Brief an die Abgeordneten der liberalen Opposition«, ein von Proudhon inspiriertes Manifest (in dem man auf die Unterzeichner des *Manifests des Sechzig* stößt), das am 5. April 1869 in *Le Siècle* veröffentlicht wurde. *L'Opinion nationale* vom 10. April 1869 wird eine heftige Entgegnung auf diesen Brief veröffentlichen, der die Zusammenstöße von 1864 wieder aufleben lässt.
24. Wortmeldung von Ernest Roche, Delegierter der Gewerkschaftskammer von Bordeaux, *Séances du congrès ouvrier socialiste de France*, Troisième session tenue à Marseille du 20 au 31 octobre 1879, Marseille, 1879, S. 588.
25. Was im Übrigen zugleich den Sinn des Wahlvorgangs ändert. Die Wahl ist in diesem Fall nämlich kein Wettkampf mehr. Es wäre im Extremfall auch mit einer Verlosung getan.
26. Ansprache Jean-Jacques Blancs an die Wähler, zit. nach *Le Temps* vom 26. Mai 1863.
27. Bericht des Präfekten der Aude, zit. nach Vigier (1973), S. 279. Die Präfekten der Basses-Alpes und der Bouches-du-Rhone stellen ähnliche Beobachtungen an. In seinem *Compte rendu au Roi sur les élections municipales de 1843*, kommt Thiers (1836) auf »die eifersüchtige Haltung« zu sprechen, »die 1831 die vermögenden und gebildeten Bürger von den Gemeinderäten entfernt hatten«. Auf diesen Punkt weist Guionnet in ihrer Dissertation (1997) hin, auf die wir uns für die unten folgenden Zitate stützen.
28. Vgl. hierzu die aufschlussreichen Ausführungen von Thabault (1945). Vgl. ebenso Rohr (1963).
29. Der im April 1848 in Grenoble zusammengetretene »Zentralausschuss der Werktätigen« distanziert sich von den Vorschlägen des republikanischen Wahlausschusses und macht den

Vorschlag, eine Liste aufzustellen, auf der »wirklich sämtliche Interessen repräsentiert« und vier Arbeiter als »unauffällige Männer« vertreten sind. Zitiert nach Rude (1949).

30. De Girardin (1851a). Ein Teil dieser Broschüre wurde in mehreren Lieferungen in *Le Bien-être universel* veröffentlicht.

31. De Girardin (1851b), S. 6.

32. De Girardin (1851a); S. 8-10.

33. De Girardin (1851a); S. 19.

34. Der Vorwurf richtet sich häufig auch an die sozialistischen Theoretiker. »Was die sozialistischen Schreiber auf der Stelle lassen sollten, ist der Ton und das überhebliche Gebaren [...] in ihren Schriften, Reden und Taten«, *La Mutualité*, 6, 15. April 1866, S. 93, Artikel von Charles Limousin.

35. »Das Monopol (der freien Berufe) auf das Vermögen, sich auszudrücken, ist in Auflösung begriffen, denn Tag für Tag nimmt die Zahl der Arbeiter zu, die mit Worten und Feder umgehen und damit ihre Sache selbst in die Hand nehmen können (*La Mutualité*, 6, 15. April 1866, S. 94). Théodore Six (1864), S. 4, schreibt seinerseits, dass »die Arbeiterklasse seit 1848 viel studiert und viel beim Studium der sozialen Fragen gelernt hat, weshalb sie etwas Besseres verdient hat, als nur in die Arkana des Forums verdrängt zu werden. Proudhon (1873), S. 87, bemerkt ebenso: »Es gibt innerhalb der Arbeiterdemokratie eine große Zahl gebildeter Personen, die mit der Feder umzugehen und ebenso gewandt zu reden wissen, die ihre Sache verstehen, und zwar zwanzig Mal fähiger und vor allem auch würdiger sind, sie zu repräsentieren, als die Anwälte, Journalisten, Schriftsteller, Pedanten, Intriganten und Scharlatane, denen sie ihre Stimmen anvertraut, und sie weist sie zurück! Sie will sie nicht als Mandatsträger!«

36. Constantin Pecqueur (1841), S. 332, verwendet den Ausdruck. »Es gibt nichts gefährlicheres als einen redegewandten Proletarier«, sagte schon Charles Béranger (1831), S. 11, ein Anhänger Saint-Simons.

37. de Girardin (1851a), S. 10.

38. Terson (1839), S. 15.

39. »Ich habe mich gehäutet. Die Bürger und Doktoren haben sich von mir zurückgezogen; wir sind Proletarier«: Chevalier (1832), S. 2.

40. Tolain (1863), S. 33.

41. Tolain (1863), S. 33-34. Und er fährt fort: »Als Klienten neuer Art fordert man uns bereits auf, unsere Notizen zu sammeln, unsere Akten anzulegen, um sie unseren Vertretern auszuhändigen. Sie sortieren unsere Ideen aus, trennen die Spreu vom Weizen; sie entscheiden in ihrer überaus großen Weisheit über das, was vernünftig und was übertrieben ist. Es scheint nur so, dass diese Fragen, die jeder gebildete und liberal denkende Mensch ebenso gut behandeln kann wie wir, noch keineswegs *vollkommen geklärt sind*, da man die Ermittlung fordert und uns nahelegt, hierfür die Materialien zu liefern. Ist das nicht der offenkundige Beleg dafür, dass unser Verhalten politisch, opportun gewesen ist? Wir haben den Finger in die Wunde gelegt.« Tolain (1863), S. 33 f.

42. S. zu diesem Punkt von größter Wichtigkeit die Dissertation von Fougère (1905) und ebenso die Zusammenstellung von Tartaret (1868-1869), die äußerst wertvolle Dokumente zu den Arbeiterdelegationen von 1851 bis 1867 versammelt. Vgl. auch *Les Délégations ouvrières à l'exposition universelle de Londres en 1862*, Paris 1862, in der Reihe der »Brochures ouvrières«.

43. A. Coquard, Buchbinder, »Les délégués en 1851 et 1861«, in : Tartaret (1868-1869), Bd. 2, S. 33.

44. Zit. nach H. Fougère (1905), S. 208. Es sei erwähnt, dass *L'Opinion nationale* das Prinzip der Wahl von Arbeiterdelegierten für die Londoner Ausstellung folgendermaßen begründete: »Es gibt Dinge, die sich nur von einem Arbeiter richtig ermessen lassen« (4. Februar 1862).

45. Vgl. zu dem Bewusstsein, das die hohen Notabeln von diesem Anrecht hatten, die Ausführungen von Tudesq (1964), v.a. im ersten Band.

46. Coutant, Adresse aux électeurs de la 5^e circonscription de la Seine, (s. oben, Fn. 11), Plakat für die Parlamentswahlen von 1863.
47. Verglichen mit dem Argumenten zugunsten der Arbeiterkandidaturen müsste man um der Vollständigkeit willen die von den Republikanern an die in die Politik einsteigenden Arbeiter gerichtete Kritik in Erinnerung rufen, der zufolge die Arbeiter gesichtslos, unfähig und unwissend sind. Rochefort spottete beispielweise über die »Kandidaten ohne Orthographiekenntnisse«. S. den gut mit Belegen versehenen Artikel von Offerlé (1984).
48. Sitzung vom 6. September 1866 (Kongress der IAA in Genf), in: Freymond (1963), Bd. 1, S. 55. Der Vorschlag Tolains wird letztlich abgelehnt.
49. Brief Marx' an Engels vom 4. November 1864, in: Marx/Engels (1965), S. 10.
50. »Damit hat der Bürger Marx zu erkennen gegeben, dass die Arbeiterkongresse sich allein aus Handarbeitern zusammensetzen sollten«, sagt Tolain beim Genfer Kongress 1866 (Freymond [1963]), S. 36). Es sei angemerkt, dass Marx durch dieses Problem in Verlegenheit geriet. Seiner Korrespondenz zufolge bedauerte er zwar, dass die Arbeiterkandidaturen in Paris zu keinem Ergebnis geführt hätten (vgl. seine Briefe vom 4. Oktober und vom 29. November 1864), gegenüber der Position Tolains zeigte er sich jedoch reserviert. An Engels schreibt er, »Die Arbeiter scheinen sich darauf zu spitzen jeden literary man etc. auszuschließen, was doch Unsinn ist, da sie derselben in der Presse bedürfen, aber verzeihlich ist bei dem fortgesetzten Verrat der literary men« (Brief vom 25. Februar 1865, in: Marx/Engels [1965], S. 85).
51. Es findet sich ebenfalls keine einzige Bezugnahme auf die Arbeiterkandidaturen aus einer weiteren Feder, derjenigen von Albiot (1896).
52. Vgl. zum Verhältnis der Arbeiterschaft zum Kaiserreich die bekannten »brochures ouvrières« vom Anfang der Sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts, in denen sich zahlreiche Texte aus der Feder derer finden, die 1862 als Abgesandte an der Weltausstellung von London teilnehmen und 1864 das Manifest der Sechzig mitunterzeichnen (s. insbesondere *Le Peuple, l'empereur et les anciens partis*, Paris 1861). Zahlreiche interessante Hinweise finden sich auch in der Dissertation von Coste (1968).
53. Zit. nach Guiral (1955), S. 360.
54. Clamageran (1906), S. 273. Ernest Duvergier de Hauranne (1869, S. 24) wiederum schreibt : »Wer sonst, wenn nicht die Regierung, zettelt denn das mit den Arbeiterkandidaturen an, denen der gesunde Menschenverstand der Einwohner unserer Städte bis zum heutigen Tag hat Gerechtigkeit widerfahren lassen?«
55. *Le Temps* vom 18. Februar 1864 (in Form einer dem Abdruck des *Manifest der Sechzig* voranstehenden Kopfnote publizierter Artikel).
56. *Revue des Deux Mondes*, 1. März 1864, S. 237.
57. *Le Siècle* vom 29. Februar 1864. Es ist von achtzig Arbeitern unterzeichnet (von denen kein einziger eine besondere Rolle innerhalb der Organisationen der Arbeiterschaft spielt, ob das nun das mutualistische oder das genossenschaftliche Universum ist) und stellt das genaue Gegenteil des Proudhon'schen Denkens dar. In einem (auf den 8. März datierten) *Brief an die Arbeiter*, seiner ersten Reaktion auf das *Manifest der Sechzig*, schreibt Proudhon unter Bezugnahme auf diese Angriffe: »Meinem Dafürhalten nach bezieht die Arbeiterkandidatur ihren Wert gerade aufgrund ihres Sondercharakters und als Manifestation einer Kaste oder Klasse – ich schrecke nicht vor der Nennung dieses Worts zurück. Ohne dies verlöre sie jegliche Bedeutung.« (im Anhang zu Proudhon [1870], S. 314).
58. *Le National*, 15. März 1848, S. 1. Just an dem Tag der ersten Wahlen nach dem allgemeinen Wahlrecht greift ein umfangreiches Editorial die Frage auf und klagt darüber, dass einige Listen versucht hätten, verschiedene Berufe repräsentierende Arbeiter aufzustellen. »Es scheint, dass man es sich zum Ziel gemacht hätte, einen Vertreter (*représentant*) aus jedem Gewerke in die Nationalversammlung zu bringen«, beunruhigt sich das republikanische Blatt. »Das zielt auf nichts weniger als auf ein Wiederauflebenlassen der Zünfte ab, die unsere Revolution doch

abgeschafft hat. Darin besteht eine unselige Bestrebung, denn sie ist rückwärtsgewandt und konterrevolutionär« (*Le National*, 23. April 1848, S. 1). Umgekehrt werden die Verfechter der Arbeiterkandidaturen bis zum Ende des Jahrhunderts nicht müde zu fordern: »Warum haben wir keine Abgeordneten, die ernannt sind, nicht, obwohl sie Arbeiter sind, sondern vor allem weil sie Arbeiter sind« (Nicolas, in: *Séances du Congrès ouvrier de France*, Deuxième Session, Lyon 1878, S. 334; der Ausdruck findet sich beinahe wörtlich schon in Proudhons *Lettre aux ouvriers*).

59. Die Zahl der Wahlberechtigten steigt von 1.364.000 auf 2.445.000 und markiert damit zum ersten Mal den Eintritt eines Anteils der arbeitenden Klassen in die Politik. Vgl. Smith (1966) und Parkl (1920).

60. Rede vom 13. April 1866, in: Mill (1866), Sp. 1255.

61. Mill (1866), Sp. 1256. Es sei auch daran erinnert, dass der große Historiker Macaulay (1852) schrieb, dass »die parlamentarische Regierung nicht die Repräsentation der Zahl, sondern die Repräsentation der Klassen ist«. Vgl. für diese Rechtfertigung des Wahlrechts der Arbeiter durch die Klassentheorie die zahlreichen, in Gutsman (1967) gesammelten zeitgenössischen Texte (vgl. insbesondere diejenigen von Lord Houghton, Albert Venn Dicey und Lesley Stephen).

62. Vgl. hierzu die sehr erhellende Beweisführung von Himmelfarb (1966). Die englischen Konservativen spekulierten auf die respektvolle Haltung der Volksklassen gegenüber den Notabeln (vgl. hierzu Moore [1976] und Davis [1974]). Im Gegensatz dazu gründet John Stuart Mill (1977), Bd. 2, S. 326, seine Haltung auf »die melancholische Wahrheit«, dass die Gruppen eine Tendenz haben, »harmlose Mittelmäßigkeiten, die am besten ihre durchschnittliche Zusammensetzung repräsentieren«, zu wählen und »nicht die wahrhaft herausragenden Männer«. Die Frage steht im Zentrum sämtlicher englischer Debatten über das *Ballot*, d.h. die geheime Wahl.

63. Bagehot (1867), hier zit. nach der deutschen Übersetzung Bagehot (1868), S. 221 f.

64. S. in dieser Perspektive seine umfangreiche Rechtfertigung der Repräsentation der Arbeiter in Bagehot (1859). Bagehot stützt sich in diesem Text auf einen häufig zitierten Artikel von Sir James Mackintosh (1818) in der *Edinburgh Review* (Rezension des Buches von Bentham, *Plan of Parliamentary Reform*). »Um die Grundsätze der Zusammensetzung einer repräsentativen Versammlung völlig zu verstehen«, bemerkt Mackintosh, »muss man die Bevölkerung in Klassen einteilen und die Verschiedenheit der das Allgemeininteresse konstituierenden örtlichen und beruflichen Interessen genau untersuchen. Jede dieser Klassen muss von Personen repräsentiert werden, die über ihre Partikularinteressen wachen« (S. 175).

65. Leroux (1850c), S. 347 (Vorwort von 1850 zum Wiederabdruck der Broschüre Jean Reynauds).

66. Leroux (1850c), S. 347.

67. Leroux (1850b), S. 205.

68. *La Presse*, 25. Februar 1864.

69. *L'Opinion nationale*, 22. Februar 1864.

70. Clément Duvernois, »Une candidature d'ouvrier«, *Le Temps*, 20. Februar 1864.

71. *Revue des Deux Mondes*, 1. März 1864, S. 238.

72. Ebenda, S. 239.

73. Tolain (1864), S. 1.

74. Tolain (1864), S. 2.

75. Tolain, (1863), S. 36.

INDEX

Mots-clés : Arbeitervertretung; Arbeiterkandidatur; Separation; republikanischer Universalismus

AUTEURS

PIERRE ROSANVALLON

Pierre Rosanvallon (geb. 1948) ist Historiker. Nähere Informationen finden Sie hier.